

Der Tabak-Arbeiter

Organ der Tabakarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

Der Tabakarbeiter erscheint jeden Sonnabend und ist durch alle Postanstalten, Buchhandlungen und Kolportage sowie durch die Expedition zu beziehen. — Preis vierteljährlich 75 Pfg. ohne Bringerlohn per Kreuzband 1.15 Mk.; monatlich 25 Pfg., per Kreuzband 39 Pfg. Vorausbezahlung.

Anzeigen müssen bis Dienstag früh in unserer Expedition aufgegeben sein. Die 5-spaltige Beilage kostet 25 Pfg.; der Betrag ist voraus zu bezahlen. — Arbeitergesuche sind ausschließlich an das Bureau des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes, Bremen, Faulenstraße 58/60, II. zu senden.

Nr. 22.

Sonntag, den 31. Mai.

1908.

Expedition: Leipzig, Tauchaer Strasse 19/21.

Zur gest. Beachtung! Berichte und Korrespondenzen für den Tabak-Arbeiter müssen bis spätestens Montag Abend an das Bureau des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes, Bremen, Faulenstraße 58/60, II. (Gewerkschaftshaus) oder bis Dienstag Vormittag an die Redaktion, Leipzig, Südbraustraße 59, gesandt sein. Alle später eingehenden Sendungen werden zur nächsten Nummer zurückgestellt. Die Redaktion.

Zentrumskünste.

Das Bestreben des Zentrums, die Blockmehrheit des Reichstags zu sprengen und dadurch die Regierung in die Lage zu drängen, wieder Anlehnung an das Zentrum zu suchen, tritt bei bester Gelegenheit mehr hervor. Im Herbst wird bekanntlich der Block vor die schwere Probe gestellt, die Finanzen des Reichs durch neue Steuerbewilligungen zu stärken. Es werden über 400 Mill. Mark jährlich mehr benötigt, um den Etat ins Gleichgewicht zu bringen. Da ist guter Rat teuer, wie das Kunststück fertiggebracht werden soll.

Die junckerlichen Blockbrüder machen sich die Sache leicht. Wie gewöhnlich wollen sie die Lasten samt und sonders auf das arbeitende Volk abwälzen. Neue indirekte Steuern sind für sie das probateste Aushilfsmittel dazu. Direkte Steuern, die naturgemäß die stärkeren Schultern, die besitzenden Klassen mehr treffen müßten, werden von ihnen kurzerhand abgelehnt. Mit dieser unerschämten Methode politischer Halsabschneider trumphen sie gegenüber ihren liberal-freisinnigen Blockbrüdern auf, um diese zur Bewilligung neuer indirekter Steuern zu zwingen. Unter diese Neulasten wird von den Konservativen auch eine Mehrbelastung des Tabaks beabsichtigt.

Den Freisinnigen bereitet nur das Wie? — der stärkeren Ausbeutung der arbeitenden Klassen Verlegenheit. Sonst sind sie zu allem bereit, um sich die Ehre zu wahren, in der Regierungsmehrheit den Hausknecht weiter spielen zu dürfen. Gegen die Stengelsche Bänderrollesteuer auf Zigarren haben sich verschiedene freisinnige Abgeordnete ihren Wählern jedoch so schwer verpflichtet, daß sie ohne größte Wortbrüchigkeit nicht dafür stimmen können. Jedenfalls wird darum der neue Reichschatzsekretär auf anderem Wege die Höherbelastung des Tabaks versuchen.

Da kommt beiden Teilen, dem Reichschatzsekretär und den Freisinnigen, das Zentrum zu Hilfe. In dem Zentrumsorgan Germania bringt ein Steuerkünstler eine Finanzreform ohne neue Steuern in Vorschlag. Besonders die Genussmittel, wie Tabak, Bier, Branntwein, Wein und Schaumwein will er höher belasten. Für den Tabak schlägt die Germania eine Zusammenstellung von Gewicht- und Wertbesteuerung resp. Verzollung vor und rechnet den Mehrertrag auf 55 Mill. Mark. Dem warmen Herzen des Zentrums für die Tabakindustrie tut natürlich eine derartige Abmilderung der Steuer keinen Abbruch. Es beweist damit nur, wie es selbst um jeden Preis gern wieder Regierungspartei werden möchte. Aber diese Bereitwilligkeit zur Beschaffung neuer Steuern hat den Zweck, vorerst den Block kaputt zu machen, denn eher ist keine Aussicht für das Zentrum, von der Regierung wieder in Gnaden aufgenommen zu werden.

Nun weiß das Zentrum so gut wie jeder simple Politiker, daß mit den Vorschlägen der Germania es den Freisinnigen erleichtert wird, für neue indirekte Steuern zu stimmen. Zwar würden nach diesen Vorschlägen erst ca. 150 Mill. Mark gewonnen, während über 400 Millionen nötig sind. Ueber die Beschaffung der fehlenden Summe braucht sich jedoch das Zentrum keine Kopfschmerzen zu machen, dazu ist der Block da. Und so führt es die freisinnigen Blockbrüder mit seinen Vorschlägen aufs Eis.

Könnten sich die Freisinnigen beispielsweise bezüglich einer Erhöhung der Tabakbesteuerung darauf berufen, daß ja auch das Zentrum nach den Vorschlägen der Germania dafür zu haben gewesen wäre, so ist doch zweifellos zwischen derartigen Vorschlägen in einzelnen Blättern und der Bewilligung ein großer Unterschied. Dem Zentrum würde es nicht schwer fallen, diesen Vorwurf zurückzuweisen. Seine Kalkulation ist eine andere. Weiß es, daß die Freisinnigen gar zu gern neue indirekte Steuern bewilligen möchten und auch bewilligen werden — diese Art Freisinn schluckt alles! — und daß infolgedessen der Block noch nicht aus dem Leim geht, so will es doch alles tun, um ihm spätestens bei den künftigen Wahlen den Untergang zu bereiten. Daher das Anerbieten seiner Hilfe zu neuen indirekten Steuerlasten, um die Freisinnigen in die Angst zu treiben, so daß sie um so schneller bewilligen. Denn diese Bewilligung wird sie bei den Wählern noch mehr um Sympathien bringen, wenn das überhaupt nach dem schmählichen Verrat des Freisinns beim Vereinsgesetz, bezüglich des allgemeinen Wahlrechts usw. noch möglich ist. Auch dann, wenn die laufende Legislaturperiode ihr natürliches Ende findet und die Reichstagswahlen wirklich erst 1912 stattfinden würden, wird das Schuldkonto der Freisinnigen nicht vergessen, das sich bis dahin jedenfalls nur noch vergrößert.

So lange wird eventuell auch das Zentrum seine Neigung, wieder ausschlaggebende Partei und somit unentbehrlich für die Regierung zu werden, zügeln müssen. Daß es alle Vorbereitungen dazu trifft, kann ihm kein Mensch verdenken. Nur, daß es zur Erreichung seines Zieles die volkschädliche Empfehlung indirekter Steuern als Mittel benützt, muß ihm angekreidet werden. Denn diese jesuitische Politik fördert die Volksauspöterung durch den Block. Es könnte dem Zentrum sicher nicht schwer fallen, dem Block resp. den Freisinnigen in anderer Weise ein Bein zu stellen, aber es benützt gerade die Steuerfrage in der dargelegten Weise dazu, um künftig selbst denselben Weg zu gehen. Ist es etwa vergessen, daß es den Zollwuchertarif mit auf dem Gewissen hat? Vergessen, daß es bei der letzten Steuerkampagne 1905 eine schmähliche Rolle in der Vorschlagung und Bewilligung neuer indirekter Steuern spielte? Wenn es jetzt dieselben Pfade mit seinen Vorschlägen betritt, so ist das um so schmählicher, weil es perfide den Block zu neuen Steuern anhetzt, um später eventuell dessen Erbe antreten zu können.

Das sind echte Zentrumskünste, gegen die sich die Tabakindustrie kehren muß, weil sie die Gefahr einer Mehrbesteuerung des Tabaks erhöhen.

Die Tabaksteuer und die preussischen Landtagswahlen.

Der Bielefelder Volkswacht wird aus Minden geschrieben:

Ein zuverlässiges und einwandfreies Mitglied der national-liberalen Partei erklärte kürzlich: Zwischen der Regierung und den Blockparteien sei verabredet, daß in das Steuerbuckett der Finanzreform an Stelle der Bänderrollesteuer eine Erhöhung der Gewichtsteuer auf Rohtabak treten solle. Die Steuer komme bestimmt, denn der Block habe sich darauf festgelegt. Aus diesem Grunde treten nun die Abteilungen des Tabakvereins, eine Organisation der Tabak- und Zigarrenfabrikanten, jetzt überall zu Protestversammlungen zusammen. Mit Rücksicht auf die Landtagswahlen soll bis nach Statfinden derselben diese Abmachung aber geheim gehalten werden. Aus Anlaß der Landtagswahl sei die Finanzreform bis zum Herbst vertagt worden.

Wir fragen hiermit die Reichstagsabgeordneten Conze und Sielermann: Ist diese Darstellung richtig, und ist es wahr, daß den Tabakarbeitern auf diese Art das Fell über die Ohren gezogen werden soll? Daß der Block dieses erbärmliche Spiel treibt, haben uns die Indianerpeile im Ravensberger in ihrer Einfachheit schon verraten. Daß der Blockerrat aber schon vollendet ist, ist uns neu.

Sei, wie haben sonst die liberalen Fabrikanten Augen und Ohren offen gehabt, um nur ja sofort für jede im Anzug befindliche Steuerbelastung des Tabaks beizeiten die Witterung zu erschnüffeln. Wie haben sie sonst sofort die Öffentlichkeit anzurufen verstanden, wie haben sie es gern gesehen, wenn die Tabakarbeiter in Bewegung gerieten, um diese Bewegung gegen die Regierung auszuspielen. Und jetzt diese Geheimhaltung, natürlich nur bis nach den Landtagswahlen, d. h. bis „die allerdümmsten Küllber wählen ihre Negger selber“. Nach den Landtagswahlen dürfen natürlich die frommen christlichen Arbeiter wieder gegen die Tabaksteuer Versammlungen abhalten, nachdem sie kurz vorher die Anhänger derselben Parteien, welche ihnen im Reichstag die Steuer bescheren werden — Konservativ, Christlichsozial, Nationalliberal und Freisinnig — in den Landtag haben wählen helfen.

Tabakarbeiter von Minden-Ravensberg, Ihr seht aus dieser Geheimhaltung seitens der liberalen Zigarrenfabrikanten, welche Angst sie haben, daß die Erkenntnis von der Arbeiterfreundlichkeit der bürgerlichen Parteien bei Euch Platz greift. Werdet Ihr endlich die richtige Antwort bei den Wahlen auf dieses Gebaren geben?!

Eine gewerkschaftliche Frauenzeitung?

Zu dem Plane, eine gewerkschaftliche Frauenzeitung zu gründen, äußert sich der Vorwärts in folgenden Auseinandersetzungen:

Die Leipziger Tagung des Verbandes deutscher Textilarbeiter war fast am Schlusse ihrer Beratungen angelangt, als es noch ganz unerwartet zu einer ziemlich erregten Debatte kam.

Es wurde die Frage aufgeworfen, ob es sich empfehlen würde, für das Fachorgan des Verbandes eine besondere Beilage zu schaffen, welche sich ausschließlich der Agitation unter den Arbeiterinnen widmen und später als Ersatz (!) für die Gleichheit

dienen solle, die der Textilarbeiter seinen Leserinnen bisher als Beilage lieferte. Dieser eigenartige Antrag, der sofort lebhaften Protest fand, wurde damit begründet, daß man mit der vorgeschlagenen Erweiterung des Textilarbeiter einen Plan der Generalkommission der Gewerkschaften und des gewerkschaftlichen Frauenagitationskomitees durchkreuzen wolle, einen Plan, der begreife, durch eine neu zu gründende gewerkschaftliche Frauenzeitung die Gleichheit zu verdrängen. Diefem Projekt entgegenzutreten, halte die Generalversammlung des an weiblichen Mitgliedern stärksten Verbandes für ihre Pflicht.

Umbreit mußte, als Vertreter der Generalkommission der Gewerkschaften, zugeben, daß ein solcher Plan auf dem nächsten Gewerkschaftskongresse besprochen werden solle.

Nachdem von mehreren Rednern beide Projekte scharf beurteilt worden waren, wurde der verfehlte Antrag zurückgezogen. Die Gefahr, die ein solches Projekt, das am Ende doch auf eine Verdrängung der Gleichheit hinausläuft, heraufbeschwor, war damit vorläufig abgemindert. Es ist unbestreitbar eine dankenswerte Tat der Generalversammlung, daß sie in der Diskussion über den Gegenstand einmütig zu erkennen gab: etwas Derartiges machen wir nicht mit! Es ist das Verdienst der Leipziger Tagung, daß der Plan — gleichgültig, ob in seinen Einzelheiten, ob in seinen allgemeinen Umrissen — der Öffentlichkeit übergeben ist, nachdem die Richtung des Angriffes selbst lange genug gegen die immer mehr aufblühende und wehrhafte Gleichheit vorbereitet sein muß.

Jetzt haben wir es nur noch mit dem Plan der Generalkommission zu tun, der schwerste Bedenken bei denen hervorgerufen muß, die die Jahrzehnte lange mühevolle und schließlich von so schönen Erfolgen gekrönte propagandistische Tätigkeit der Gleichheit zu würdigen wissen. Oder weiß die Generalkommission etwa nicht, daß es zuletzt dank dieser unermüdbaren Aufklärungs- und Erziehungsarbeit aus dem kleinen Häuflein von Klassenbewußten Proletarierinnen das große stattliche Frauenheer geworden ist, das heute zielfast die Schlachten der Männer in den wirtschaftlichen Kämpfen der Gegenwart mit schlagen hilft? Besteht überhaupt irgendwo in den Kreisen der organisierten Arbeiterinnen ein Bedürfnis nach einem gewerkschaftlichen Frauenblatte, das die für die moderne Arbeiterin so unerlässliche politische Schulung nicht annähernd in dem Maße pflegen könnte, als dies in der Gleichheit geschieht? Denn darin sind wir doch alle einig, daß wir nicht nur gute Gewerkschaftlerinnen brauchen, sondern vor allem tüchtige Klassenkämpferinnen und überzeugte Sozialistinnen, die der heranwachsenden Generation schon früh den Keim des Sozialismus in Herz und Sinn pflanzen.

Was soll also ein Konkurrenzunternehmen, das leicht Zersplitterung in die Reihen der Klassenbewußten Proletarierinnen tragen könnte?

Einigkeit, Geschlossenheit tut uns not. Wenn alle, denen die treffliche Gleichheit im Laufe der Jahre lieb geworden ist, wenn alle, die mitgeholfen haben, sie zu dem vielseitigen, allen Interessierten der proletarischen Frau dienenden Kampforgan zu machen, von dieser Erkenntnis durchdrungen, auflärend, mahnend und warnend von ihrem Einfluß Gebrauch machen, dann wird das Partei- und Gewerkschaftschädigende Projekt der Generalkommission in sich selbst zusammenbrechen.

Hierzu wollen wir noch bemerken, daß es sich bei Schaffung eines neuen, gewerkschaftlichen Organs für Frauen nicht bloß um die Gleichheit handeln kann, sondern auch die bestehenden gewerkschaftlichen Blätter in Mitleidenschaft gezogen werden. Außer der Textilarbeitergewerkschaft kommen noch andere Organisationen in Betracht, die zahlreich weibliche Mitglieder und ihr eigenes gewerkschaftliches Organ haben, wie z. B. der Deutsche Tabak-Arbeiter-Verband.

Bleibt unser Verband auf seinem bisherigen, in mehreren Generalversammlungen ausgesprochenen Standpunkt stehen, der es sogar ablehnte, die Gleichheit seinen weiblichen Mitgliedern unentgeltlich zu liefern, so wird auch das Projekt der Generalkommission keine Förderung durch den Verband erfahren, und zwar aus guten Gründen.

Die Organisation der weiblichen Arbeitskräfte in den Berufen, in denen männliche und weibliche Arbeiter konkurrieren oder die weiblichen Arbeitskräfte an Zahl die männlichen weit übersteigen, wie in der Tabakindustrie, wird immer intensiver und nicht ohne Erfolg betrieben. Je größer aber die Zahl weiblicher Mitglieder in den Gewerkschaften wird, um so notwendiger ist auch ihre Heranziehung zur Teilnahme an allen Aktionen einer Gewerkschaft. Wie sie zu Funktionären der Gewerkschaft herangebildet werden müssen, so sollen sie sich auch der Mitarbeit an ihrem publizistischen Gewerkschaftsorgan befleißigen. Sie dazu heranzuziehen, mag nicht leicht sein, aber mit Ausdauer ist bei der sich schnell fortentwickelnden industriellen weiblichen Tätigkeit zu erreichen, was so sehr wünschenswert ist. Agitatorinnen sowie Mitarbeiterinnen am Tabak-Arbeiter wären unserm Verbands äußerst förderlich; in gleicher Lage ist manche andere Gewerkschaft.

Soll der Gedanke von der Gleichberechtigung zwischen den Geschlechtern nicht bloß auf politischem, sondern auch wirtschaftlichem resp. gewerkschaftlichem Gebiete tiefer

Wurzel fassen, dann kann er am besten gefördert werden, wenn die weiblichen Mitglieder der Gewerkschaft in ihrem Gewerkschaftsorgan über die Verhältnisse des gemeinsamen Berufs oder über die Angelegenheiten ihrer Gewerkschaft ihre Ansichten äußern und unbefangenen und objektiv an dem Disput hierüber teilnehmen. Und zweifellos ist es leichter, Arbeiterinnen dazu zu gewinnen, wenn sie im Fachorgan ihres eigenen Berufs, den sie doch kennen, ihre Kenntnisse und Wahrnehmungen mitteilen. Jedenfalls sind sie daran in erster Linie und mehr interessiert, als an allgemeinen agitatorischen Darlegungen, die sie so gut wie andere erst nach und nach zu geben verstehen lernen. So werden sie für die allgemeine Arbeiterbewegung von unten herauf und gründlich herangebildet.

Ist eine geistig strebsame Arbeiterin erst zu regerer Anteilnahme an den Angelegenheiten ihrer Gewerkschaft herangezogen, dann muß man sie zur Benützung aller weiter gehenden Bildungsmittel, auch zur Beteiligung an den Lehrkursen, wie sie die Generalkommission veranstaltet, veranlassen, kurz, alles tun, um eine tüchtige, agitatorische Kraft in ihr herauszubilden.

So erfreulich auch die Fortschritte in der Gewinnung von Arbeiterinnen für die Arbeiterbewegung erscheinen mögen, spürt man trotzdem in den Gewerkschaften den Mangel an tätigen Mitarbeiterinnen bei der Werbung neuer Mitglieder. Das beruht auf einer Interesseloseigkeit, die aus dem Mangel an Kenntnis der Dinge entspringt. Den Frauen ist das nicht zum Vorwurf zu machen, denn sie sind im allgemeinen von je vernachlässigt und zurückgesetzt worden, aber die Tatsache der Indifferenz ist nicht zu bestreiten. Hier kann unserer Ansicht nach am besten Abhilfe geschehen durch die von uns bezeichnete Heranziehung der intelligenteren weiblichen Kräfte zur Besprechung und Beschreibung der fachgewerblichen Verhältnisse in den resp. Fachorganen.

Saben unsere Bemühungen in dieser Richtung bisher nur geringen Erfolg aufzuweisen, so sind wir doch der Meinung, daß eine allgemeine gewerkschaftliche Frauenzeitung den einzelnen Gewerkschaften nicht mehr Vorteile brächte, denn was Angehörige eines Berufs öffentlich zu sagen haben, das können sie am besten unter ihresgleichen oder in ihrem Fachorgan.

Das einzig Gute, das uns der Gründungsvorschlag gewährt, ist die Anregung, die er zur wirksameren Verbreitung der Ausbildung weiblicher agitatorischer Kräfte gibt; sonst finden wir mit dem Vorwärts, daß die Verwirklichung des Planes eine Dezentralisation der bereits vorhandenen Kräfte zur Folge haben würde.

Rundschau.

Gegen die höhere Besteuerung des Tabaks. Der Verband deutscher Zigarrenladeninhaber (Sitz Hamburg) richtet an die Reichstagsabgeordneten eine Vorstellung, die energisch gegen die projektierte Tabakverbrauchsteuer Stellung nimmt. Es wird da ausgeführt:

„Mag die Form der drohenden Tabaksteuer ausfallen wie sie will, Rohabaksteuer, Fakturensteuer oder Banderolesteuer, der Kernpunkt ihrer Wirkung ist eine Verteuerung der Tabakfabrikate, da sich die höhere steuerliche Belastung durch Ersparnisse bei der Produktion oder durch andere Vorteile nicht ausgleichen läßt. Diese Verteuerung der Produkte muß aber eine erhebliche Verminderung des Tabakkonsums nach sich ziehen. Das deutsche Volk gibt jährlich zurzeit etwa 520 Mill. Mark für seinen Konsum an Tabakfabrikaten aus. Wenn nun die neue Steuer, wie wir glauben annehmen zu können, einen Mehrertrag von 60 Mill. Mark an Steuern erbringen soll, so würde, einschließlich der dadurch für Fabrikation und Vertrieb entstehenden Kosten und Zinsen, diese Summe auf mehr als 600 Mill. Mark anwachsen müssen, wollte man annehmen, daß die Raucher daselbe Quantum Tabak gleicher Güte verbrauchen wie bisher. Ein solches Mehr von 80 Mill. Mark würden aber die deutschen Raucher niemals aufbringen können. Die Raucher gehören zum weitaus größten Teile nicht zu den Leuten, die den Ausgabenposten für Tabak in ihrem Etat ohne weiteres erhöhen können, sondern die meisten müssen ihr gewantes Einkommen für ihren und ihrer Familie Lebensunterhalt ausgeben. Sie werden also nach Einführung einer höheren Steuer ihre Ausgaben für Tabak auf derselben Höhe wie bisher belassen resp. belassen müssen.“

Die Petenten rechnen mit einer erheblichen Verminderung des Konsums für den Fall einer neuen Tabaksteuer. Sie machen weiter geltend, daß eine erhebliche Verteuerung des Lagers den Händlern die Kreditnahme wesentlich erschweren würde. Der Zusammenbruch eines nicht unerheblichen Teiles der Zigarrengeschäfte würde die unvermeidliche Folge einer neuen Tabaksteuer sein. Deshalb müsse eine solche abgelehnt werden.

Der Schutzparagraph und die Gewerkschaftsbeamten. Es sind wiederholt von Gerichten Urteile gegen Gewerkschaftsbeamte gefällt worden, in denen ihnen der Schutz des § 193 verweigert wurde, da sie kein Recht zur Wahrung von Standesinteressen hätten. Der Gewerkschaftssekretär Gimpel vom Deutschen Transportarbeiterverband hatte sich nun kürzlich vor der 6. Strafkammer des Landgerichts I Berlin wegen eines Artikels zu verantworten, den er im Courier über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Erfurter Straßenbahnangeestellten veröffentlicht hatte. Der Direktor Hühn von der Erfurter Straßenbahngesellschaft fühlte sich dadurch beleidigt, daß in dem Artikel gesagt war: „Beschwerden der Straßenbahnführer sind nutzlos, denn Umbau resp. Aenderung der Weichen kostet Geld, wohingegen jetzt bei Zusammenstößen der Führer bestraft und für den Materialschaden verantwortlich gemacht wird.“ Genosse Gimpel wurde in erster Instanz zu zehn Mark, in zweiter Instanz sogar zu 100 Mk. Geldstrafe verurteilt. Das Landgericht hatte dem angeklagten Gewerkschaftssekretär sogar den Schutz des § 193 abgesprochen, indem es annahm, daß er ein eigenes Interesse an der Angelegenheit nicht habe, da er — in Erfurt weder gewohnt noch verkehrt habe. Auf die Revision des Angeklagten wurde dies unhaltbare Urteil alsdann vom Kammergericht aufgehoben: Der Angeklagte habe als Gewerkschaftssekretär einen Anspruch auf den Schutz des § 193 des Strafgesetzbuches, da ihm von den Verbandsangehörigen die Wahrung ihrer Standesinteressen übertragen worden war. Diese Interessen könne er auch durch die Presse vertreten. In der erneuten Verhandlung vor der Strafkammer

beantragte Rechtsanwalt Kurt Rosenfeld die Freisprechung des Angeklagten und auch die Uebernahme der notwendigen Auslagen der Verteidigung auf die Staatskasse. Charakteristisch sei, daß die Erfurter Staatsanwaltschaft Herrn Hühn auf den Weg der Privatklage verwiesen habe, als er wegen eines dieselben Behauptungen enthaltenden Flugblattes Strafantrag gestellt hatte, daß aber Herr Hühn diesen Weg nicht beschritten habe. Der Staatsanwalt beantragte die Aufrechterhaltung des landgerichtlichen Urteils. Das Gericht sprach den Angeklagten frei und legte auch die notwendigen Auslagen der Verteidigung der Staatskasse auf.

Offenlich findet dieses für Gewerkschaftsbeamte so außerordentlich wichtige Urteil bei andern Gerichten Nachahmung. Es sollte doch allgemein darüber kein Zweifel bestehen, daß Gewerkschaftsbeamten im Kampfe für gewerkschaftliche Interessen der § 193 zugebilligt werden muß.

Die Arbeitszeit im Handelsgewerbe. Die in Frankfurt a. M. abgehaltene Hauptversammlung des Deutschen Verbandes kaufmännischer Vereine hat in bezug auf die Regelung der Arbeitszeit im Handelsgewerbe eine Resolution beschlossen, welche an den Bundesrat das dringende Ersuchen richtet, zum Schutze der kaufmännischen Angestellten dem Reichstage baldigst einen Gesetzentwurf vorzulegen, der die Arbeitszeit in den kaufmännischen Betrieben wie folgt regelt:

1. Festsetzung des Ladenschlusses auf 8 Uhr (Sonntags abends um 9 Uhr).
2. Vollständige Sonntagsruhe für alle kaufmännischen Betriebe. Einige Ausnahmen, und zwar nur für offene Verkaufsstellen: zwei Sonntage vor Weihnachten mit nur fünfstündiger Maximalarbeitszeit.
3. Für dringende Fälle eventuell weitere Ausnahmen mit einer zweistündigen Arbeitszeit, die ungeteilt bleiben müssen und in die Zeit vor 1 Uhr mittags zu verlegen sind.
3. Beschränkung der Arbeitszeit in den Kontoren auf höchstens 9 Stunden täglich, Schluß 6 Uhr, längstens 7 Uhr abends; bei englischer Arbeitszeit 8 Stunden.
4. Eine ununterbrochene Nachruhezeit von 12 Stunden.
5. Eine Mittagspause von zwei Stunden — bei englischer Arbeitszeit mindestens eine halbe Stunde.
6. Verkürzung der Arbeitszeit um eine Stunde bei weiblichen und männlichen Angestellten unter 18 Jahren, ebenso Verbot der Ueberstunden.
7. Zulassung von Ueberstunden nach freier Wahl nur für 20 Tage im Jahre für besonders dringende geschäftliche Erledigungen mit einer Höchstarbeitszeit von zwölf Stunden.
8. Gewährung eines Sommerurlaubs.

Die Reichsschuldentwirtschafft. Auf Grund amtlicher Zahlen veröffentlicht Professor Dr. Georg Schanz-Würzburg im ersten Bande des 25. Jahrgangs seines „Finanzarchivs“ eine Uebersicht der deutschen Reichsschulden. Danach betragen diese Schulden:

Die verzinslichen Schulden	Zunahme gegen das Vorjahr	Die Verwaltungskosten und Verzinsung
am 31. März	Mill. Mark	Mill. Mark
1877	18,8	0,007
1878	72,2	2,36
1879	138,9	4,89
1880	218,1	6,21
1881	267,8	8,94
1882	319,3	11,15
1883	349,0	12,97
1884	373,1	14,20
1885	410,0	15,83
1886	440,0	17,39
1887	486,2	18,62
1888	721,0	21,18
1889	883,8	29,03
1890	1118,0	34,65
1891	1317,8	48,27
1892	1685,6	55,81
1893	1740,8	58,71
1894	1915,7	65,18
1895	2081,2	68,98
1896	2125,2	71,69
1897	2142,2	72,30
1898	2182,2	72,48
1899	2222,9	72,29
1900	2298,5	75,52
1901	2395,6	79,02
1902	2813,5	89,06
1903	2813,5	96,04
1904	3103,5	100,64
1905	3203,5	112,01
1906	3543,5	119,59

Summa 1454,97

Das Reich hat demnach in den dreißig Jahren von 1877 bis 1906 nahezu 1455 Millionen Mark Zinsen und Verwaltungskosten aufgebracht. Rechnet man diese 1455 Millionen Mark von der verzinslichen Schuld mit 3543 Millionen Mark ab, so verbleibt ein Betrag von 2088 Mill. Mark, den das Reich aufzubringen gehabt hätte, also seit 1877 jährlich etwa 70 Millionen Mark, um schuldenfrei zu bleiben. Zieht man noch die Ueberweisungen des Reichs auf Grund der Frankensteinischen Klausel in Betracht, so würden bei Wegfall dieser Ueberweisungen mit 544 Mill. Mark jährlich nur 51½ Millionen Mark aufzubringen gewesen sein. Inzwischen ist die Schuld auf beinahe 1400 Millionen Mark gestiegen und die jährlichen Zinsen mit Verwaltungskosten dürften sich auf zirka 140 Millionen Mark stellen. Trotzdem geht das Bumpen weiter. Auch die Ausgaben für die neuen Flottenbauten, das Meer, den Nordostseekanal und die Reichseisenbahnen sollen wieder durch Anleihen gedeckt werden. So besteht die schönste Aussicht, daß bald die Reichsschuld auf 5 Milliarden Mark steigen wird.

Was kostet die Unentgeltlichkeit der Lehr- und Lernmittel? Im amtlichen Schulblatt des Kantons Zürich ist eine Uebersicht über die Gesamtkosten der Unentgeltlichkeit der Lehrmittel, des Schreib-, Zeichen- und Arbeitsmaterials in den Primar- und Sekundarschulen des Kantons Zürich für die Jahre 1902—1906 gegeben. Hiernach kosteten in den Primarschulen des Kantons Zürich die Lehrmittel (gedruckte Bücher) im Jahre 1906 durchschnittlich für den Kopf des Schülers 1.03 Frank, die Schreib- und Zeichenmaterialien 2.36 Frank, und die Arbeitsmaterialien für den Handarbeitsunterricht der Mädchen 2.13 Frank. In den Sekundarschulen stellten sich diese

Kosten wie folgt: für Lehrmittel 3.73 Frank, Schreib- und Zeichenmaterialien 7.07 Frank, für Arbeitsmaterialien beim Handarbeitsunterricht für Mädchen 3.10 Frank. Die Kosten sind in den fünf Jahren im Durchschnitt nicht gestiegen, sondern etwas gefallen. Die durchschnittlichen Kosten betragen in dem Jahrgang 1902/6 in den Primarschulen für Lehrmittel 1.15 Frank, für Schreib- und Zeichenmaterialien 2.34 Frank, für Handarbeitsmaterialien 2.18 Frank, in den Sekundarschulen 4.35, 7.40 und 3.16 Frank. Die Gesamtausgaben betragen für die Primarschulen des Kantons bei 60214 Schülern im Jahre 1906 246 230.94 Frank. Für die etwa viermal so große Schülerzahl der Berliner Gemeindeschulen würde sich somit eine Ausgabe von 984 923.76 Frank = 787 939.01 Mark ergeben, also noch nicht 3 Mk. pro Kopf. Man bedarf keines näheren Nachweises, daß die Lehr- und Lernmittel bei Einkauf durch die Eltern der Kinder selbst ein Vielfaches von diesem Betrage erfordern, daß also die gemeinsame Beschaffung, von allem anderen abgesehen, ungenügend ökonomisch ist.

Berichte.

Barntrup. Wie weit Unternehmerversprechungen nur Lockungen für die Arbeiter sind, dafür folgendes Beispiel. Als im November v. J. hier der Streit bei der Firma Aug. Chr. Steneberg war, erklärte der Inhaber dieser Firma einigen Arbeitervertretern mündlich: Organisiert euch doch, ich bin auch organisiert! Am 18. Mai frag nun ein Kollege bei dem Meister der Firma um Arbeit an. Nach Rücksprache des Meisters mit dem Inhaber der Firma wurde dem Kollegen erklärt: Arbeit kannst du bekommen, aber du darfst kein Mitglied des Verbandes sein, denn Steneberg hat mir gesagt: Verbandsmitglieder habe ich genug auf meiner Fabrik sitzen. Trotz dieses Anfinnens ging der Kollege bei der Firma an zu arbeiten, hörte aber den selben Tag wieder auf, um wieder Seite an Seite mit seinen organisierten Kollegen für den Verband einzutreten. Kollegen von Barntrup! Wie nötig die Einigkeit der Arbeiter unter sich ist, wißt ihr alle, denn auch die Unternehmer sind sich einig. Darum, Kollegen, müssen wir tüchtig agitieren für unsern Tabakarbeiterverband und alles aufbieten, um die paar Mann, die noch beim Kommerzienrat auf der Fabrik sitzen, zu gewinnen. Ja, dann können wir auch den Unternehmern entgegen treten und sagen: Einigkeit macht stark!

Berlin. Am 22. Mai fand in den Musikersälen eine Mitgliederversammlung statt, die infolge des gerade herrschenden Unwetters nicht gut besucht war. Eingangs der Versammlung hielt der Stadtverordnete Genosse Ad. Ritter einen äußerst reichhaltigen 1½stündigen Vortrag, in dem er die bisherigen Gewerkschaftstongresse Revue passieren ließ und die Aufgaben des am 22. Juni beginnenden nächsten Gewerkschaftstongresses in Hamburg beleuchtete. Bei der folgenden Wahl des Delegierten zum nächsten Gewerkschaftstongresse wurden für Berlin sämtliche Stimmen, mit einer Ausnahme, für den Kollegen Wilhelm Voerner abgegeben. Unter Verschiedenem machte der erste Bevollmächtigte, Kollege Rosenthal, darauf aufmerksam, daß am Sonnabend, 23. Mai, wieder ein Wohltätigkeitsvergnügen stattfinden. Die Arrangements dieses Vergnügens hätten ohne Verrechnung, um die Kollegen irreführen, angegeben, das Vergnügen sei von den Berliner Zigarettenarbeitern veranstaltet. Vom Kollegen Rosenthal, wie von verschiedenen andern Kollegen wird der Anflug, der mit solchen Vergnügungen gemacht wird, auf das strengste geißelt und vor Anfauf der Billetts gewarnt. Eine Kontrolle über die Verwendung des etwaigen Ueberschusses sei nicht möglich. Es läge bei derartigen Veranstaltungen stets die nur zu begründete Annahme vor, daß einige spekulative Leute die Notlage anderer benützten. Nachdem der erste Bevollmächtigte die Kollegen auf die bevorstehende Statistik aufmerksam gemacht und zu reger Beteiligung aufgefordert hatte, erfolgte Schluß der Versammlung.

Hannover. Eine Mitgliederversammlung des Deutschen Tabakarbeiterverbandes beschäftigte sich am 16. Mai mit den Mißständen in den Zigarren- und Zigarettenfabriken. Der Zigarettenfabrikant H. Dohmeier, welcher seine Fabrikate gern an Arbeiter verkauft und auch im Volkswillen inseriert Zigarettenfabrik Hannover, trotzdem er keine Leute in Hannover beschäftigt, läßt seine Zigaretten in Gaste bei Buntorf von nicht organisierten Arbeitern herstellen. Es werden daselbst Löhne bezahlt, die 1 bis 1.50 Mk. pro Mille niedriger sind als die in Hannover üblichen. Der Inhaber der Firma Zigarettenfabrik Karasi, Herr Bodenstab, versucht in ähnlicher Weise zu handeln. Diejenigen Mitglieder, die bisher versucht haben, die Interessen ihrer Kollegen zu vertreten, werden manchmal auf eine recht eigenartige Weise entlassen. So erging es kürzlich einer Kollegin, Frau A. Dieselbe wurde nach eingehender, sorgfältiger Prüfung von der Versammlung einstimmig als gemäßigter betrachtet. Auch läßt Herr Bodenstab einen Teil seiner Zigaretten in einem Dorfe bei Gaste herstellen. Er bezahlt dort bedeutend weniger Lohn, als er hier in Hannover zahlen müßte. — In der Zigarettenindustrie sind etliche Fabrikanten, welche ebenfalls ihre Waren gern an Arbeiter absetzen. Sie beschäftigen teilweise nichtorganisierte Arbeiter und halten auch den anerkannten Lohnarif nicht ein. Sollten diese Herren sich durch diese Notiz nicht veranlaßt fühlen, den anerkannten Lohnarif einzuhalten und nur organisierte Arbeiter zu beschäftigen, so sehen wir uns genötigt, auch diese der Öffentlichkeit zu übergeben.

Holzhausen. Hier und in Löwenstein stehen die Kollegen der Firma Biermann u. Schörling im Abwehrkampf, welcher vorläufig unverändert fort dauert. Die Haltung der Streikenden ist gut. Der Verband hat während des Streiks auch in Gagen festen Fuß gefaßt, es ist daselbst eine Zahlstelle gegründet worden, die schon zirka 60 Mitglieder zählt. Daß die Unternehmer alles aufbieten, um die Organisation der Arbeitern zu entzweien, beweist, daß plötzlich das Gerücht in Gagen verbreitet wurde, der Verbandskassierer in Bremen sei mit der Verbandskasse durchgegangen. Die Hagener Kollegen glaubten das aber nicht, sondern blieben dem Verband treu; auch konnte Kollege Kleine aus Holzhausen dieses Gerüchte einem Hagener Kollegen widerlegen, indem derselbe einige Tage später, nachdem dieses Gerücht in die Öffentlichkeit drang, 900 Mark Geld vom Kollegen Nieder-Welland, der doch damit gemeint sein sollte, erhalten hatte. Vermutet wurde, daß dieses Gerücht von dem Meister der Filiale Bellmer u. Bodhorn ausging. Als die Kollegen darauf nicht reinfielen, sondern immer eifrigere Agitation für den Verband betrieben, so daß die Mitgliederzahl von Tag zu Tag stieg, da wurde auf einmal den Kollegen in Gagen, die für die Firma Bellmer u. Bodhorn arbeiten, das ihnen vor kurzem zum Teil abgezogene aufgehekte Deckblatt freiwillig wieder geliefert. Es ist zweifellos, hätten die Kollegen sich durch dieses Gerücht bezirren lassen, wären sie aus dem Verband wieder ausgetreten, das aufgehekte Deckblatt wäre nicht wieder gegeben worden. Die Kollegen und Kolleginnen, welche dem Verbande noch fernstehenden, können daraus ersehen, daß nur der Verband das Verlorene wieder zurückerobert hat. Darum rufen wir allen zu: Säumt nicht mehr, schließt Euch dem Verbande an, damit Ihr Eure und Eurer Mitarbeiter Interessen dem Unternehmer gegenüber verteidigen könnt.

Niedergorbitz bei Dresden. Der Bericht über die Mitgliederversammlung vom 16. Mai läßt an Einseitigkeit nichts zu wünschen übrig. Bei jedem objektiv Urteilenden muß es den Anschein erwecken, daß es dem Berichterstatter ganz besonders darum zu

fun war, meine Person in das schlechteste Licht zu stellen. Es wäre Pflicht gewesen, bezüglich der Abstimmung die genaue Stimmenzahl, die doch festgestellt wurde, mit anzugeben. Dadurch, daß dies nicht geschah, ist jedem die Möglichkeit genommen, sich ein klares Bild zu machen. Gerade das unsolidarische und unkollegiale Verhalten der Kollegen hat mich veranlaßt, nicht zu feiern. Den Beweis dafür zu erbringen und die sonderbaren Verhältnisse zu kennzeichnen, wurde ja durch den Lärm, den man verursacht, bereit, man wollte nichts hören. Ebenso erging es demjenigen Kollegen, der für meine Person eintrat und gegen den Ausschlußantrag sprach. Die persönliche Gefügigkeit gegen mich, die doch auf nichts begründet ist, kam so recht zum Ausdruck. Von diesem Gesichtspunkt hat man sich auch leiten lassen. Was man in der Versammlung vorbereitet, habe ich nun inzwischen schriftlich der Verwaltung zugefandt. Worauf ist denn überhaupt der Ausschlußantrag begründet? Sind die Kollegen durch mein Verhalten wirtschaftlich geschädigt oder ist ihr Ansehen beim Fabrikanten gesunken? Was die Verwunderung des Fabrikanten anbetreffend, darüber verliere ich kein Wort.

Gustav Nimmergut.

Dsnabrück. In einer am 16. Mai stattgefundenen außerordentlichen Mitgliederversammlung, zu welcher die Sortierer eingeladen waren, referierte Gauleiter Schlüter über das Thema: Die Aufgabe der Gewerkschaften während der Krisen. Nachdem Medner die Ursachen der Krisen erläutert, wies er darauf hin, daß es das Bestreben des Unternehmertums sei, in Zeiten des wirtschaftlichen Niedergangs den Arbeitern die Erfolge, welche dieselben meist mit schweren Kämpfen errungen, wieder zu nehmen. Hier heiße es für die Gewerkschaften, auf der Hut zu sein, um das einmal Errungene festzuhalten. Nur eine starke Organisation könne verhindern, daß das Unternehmertum in solchen Zeiten durch Herabdrückung des Arbeitslohnes an den Arbeiter sich schadlos halte. Da sei es um so mehr die Pflicht der organisierten Arbeiter, unermüdet für ihre Organisation zu werben, und die noch indifferenten Arbeiter ihrer Organisation zuzuführen; nur dort, wo die Arbeiter als eine geschlossene Macht dem Unternehmertum gegenüberstehen, könne sie mit Ruhe den Krisen entgegengehen und einwachen derartigen Versuchen der Unternehmer energisch entgegenzutreten. Lebhafter Beifall lohnte den Redner. Zum 2. Punkt der Tagesordnung wurde der Bericht der Tabakarbeiterkonferenz für das östliche Westfalen gegeben. Seitens der Kommission wurden die Vorwürfe Schlüters betreffs der Eigenbrödelerei, welche derselbe auf der Konferenz sowie auch später einseitig in dem Bericht über dieselbe der hiesigen Kommission vorgebracht, ganz energisch zurückgewiesen, da absolut keine Ursache zu demartigen Vorwürfen vorgelegen habe. Zum 3. Punkt: Wahl eines Delegierten zum Gewerkschaftskongress, wurde Gauleiter Schlüter zum Delegierten gewählt. Zum Schluß gab Schlüter noch einige taktische Winke für die Agitation und empfahl die Hausagitation als die zweckmäßigste. Hierauf wurde ein Agitationskomitee gebildet, das unverzüglich seine Arbeit zu beginnen hat.

Potsdam. Am 17. Mai fand im Restaurant Ladentisch eine Mitgliederversammlung mit folgender Tagesordnung statt: 1. Wahl eines Delegierten zum Gewerkschaftskongress; 2. Wahl der Kommission für öffentliche Angelegenheiten; 3. Verschiedenes. Nachdem beim ersten Punkt der Gauleiter auf die Bedeutung des Gewerkschaftskongresses hingewiesen hatte, wurde zur Wahl geschritten und wurde der Kollege W. Voerner-Berlin einstimmig als Delegierter gewählt. Beim 2. Punkt wurde der Ortsverwaltung die Funktion der Kommission für öffentliche Angelegenheiten übertragen. Nachdem der erste Bevollmächtigte über die Verhandlungen der Kommission mit dem Fabrikanten-Büro in Nommes Bericht erstattet hatte, wurde die Angelegenheit für uns als erledigt betrachtet, indem die beiden Kollegen die Tochtel begangen haben, die Arbeit nicht wieder aufzunehmen. Dem Kollegen Meister gegenüber wurde von der Gauleitung den Mitgliedern empfohlen, ein wachsameres Auge auf ihn zu richten. Als dann wurde über den Kollegen Geuer aus Jülichau verhandelt; die gegen ihn vorgebrachten Beschwerden fanden ihre Erledigung dadurch, daß von seiten der Gauleitung der 2. Bevollmächtigte beauftragt wurde, sich mit den Bevollmächtigten in Jülichau in Verbindung zu setzen. Ein Antrag Caputh, dort eine Versammlung abzuhalten, wurde angenommen und dazu der Samstag festgesetzt.

Ratibor. Die Breslauer Volkswacht schreibt in der Nr. 121 vom 24. Mai: Die Bundesbrüderlichkeit zwischen Freisinn und Konserverativen. Der Kandidat der konserverativen Partei Herr Urbich und der freisinnige Kandidat Herr Zigarrenfabrikant Reiners halten in ihrem Wahlkreis gemeinsame Versammlungen ab. Mit der Kandidatur des Herrn Reiners erklärt die freisinnige Volkspartei einen guten Griff gemacht zu haben, da Herr Reiners in diesen Orten Zigarrenfabriken besitzt und die Arbeiter für Herrn Reiners die Stimme abzugeben hätten! Kein Mittel solle unversucht gelassen werden, um durch ihren wirtschaftlichen Einfluß auf mehr oder minder abhängige Wähler einzuwirken. Bezeichnend für die Kandidatur des Herrn Reiners ist es, daß er bei der Reichstagswahl im vorigen Jahre seine Arbeiter auf-forderte, für den konserverativen Herrn Urbich zu stimmen. Aber auch selbst die Mitglieder des freisinnigen Vereins zweifeln an der freisinnigen Gesinnung des Herrn Reiners. Um nun den Zweifel im freisinnigen Lager zu zerstreuen, holte man am Sonntag, 17. Mai, den Parteifreisetzer Müller-Breslau herbei, der an der Hand der politischen Vorgänge seit der Blockpolitik nachwies, daß zwischen Freisinn und Konserverativen kein Unterschied mehr bestehe. Aus den Ausführungen des Herrn Müller konnte man weiter entnehmen, daß die freisinnige Volkspartei nur die Arbeiter als Stimmgeber benutzen will. Hat doch auch Herr Reiners in einer Versammlung erklärt, nur für indirekte Steuern stimmen zu wollen und daß er ein Gegner jeder direkten Steuer sei. Daraus können die Arbeiter erkennen, daß sie weder dem Freisinn noch den Konserverativen ihre Stimme geben können. Herr Reiners erklärte auch in einer Versammlung, die Arbeiter hätten alle Ursache, für ihn die Stimme abzugeben, ginge es ihnen doch bedeutend besser als früher. Als Beweis führte er an, daß „seine“ Arbeiter besser gekleidet gingen, als die in der Landwirtschaft beschäftigten. Wie es aber mit den Löhnen in seinem Betriebe aussteht, dafür einige Beispiele: In den Betrieben des Herrn Reiners werden bei 14tägiger Lohnzahlung Löhne von 6 Mark bis 8 Mark pro Woche gezahlt. Wie jeder geringfügigen Beschwerde über die schlechten Lohnverhältnisse er-läut Herr Reiners: Wenns Ihnen nicht paßt, können Sie ja gehen. Auch von Freiheit der Arbeiter ist in seinen Betrieben nichts zu merken, wird doch jeder Arbeiter wie auch jede Arbeiterin mit Entlassung bedroht, sobald sich einer untersteht, eine Tabakarbeiterversammlung zu besuchen, um dort zu besprechen, wie diese erbärmlichen Verhältnisse aufgehoben werden können. Weil seine Arbeiter, wie Herr Reiners erklärte, auch besser gekleidet gehen, als die ländlichen, so scheint die Sozialpolitik für die gefaufte Freisinngröße mithin erledigt zu sein. Den Arbeitern können wir nur empfehlen, dem Sirenenengesang der Blockfreunde nicht zu folgen, sondern durch Eintritt in den Deutschen Tabakarbeiterverband sich menschenwürdige Verhältnisse zu erkämpfen.

Der Arbeitsmarkt im Monat April.

„Die allgemeine Lage des Arbeitsmarkts“ — schreibt das Reichsarbeitsblatt — die sich im Verhältnis zum Vorjahre schon in den letzten Monaten sehr stark verschlechtert hatte, hat sich im April wenig einheitlich gestaltet. Einmal ist in gewissem Umfange eine Besserung eingetreten, die normalerweise in jedem Frühjahr eintritt und in erster Linie mit der vollen (?) Wiederaufnahme der Bautätigkeit zusammenhängt, außerdem hat sich im Kohlenbergbau, mit Ausnahme von Schlefien, bereits

wieder eine gewisse Erholung vollzogen, und auch die elektrische Industrie ist bisher nur wenig von der Verschlechterung berührt. Dagegen zeigt sich eine ungünstigere Gestaltung der Lage in Teilen der Textilindustrie, im Buchdruckgewerbe und in der Papierindustrie. In der Industrie der Bekleidung und Reinigung (Konfektion) und in den Nahrungsmittelgewerben hat sich zum Teil im Zusammenhang mit Saisonverhältnissen eine erhebliche Verschlechterung im Arbeitsmarkt für die weiblichen Arbeitskräfte vollzogen. Auch in der chemischen Industrie macht sich ein gewisses Nachlassen bemerkbar. In der Metallindustrie liegen die Verhältnisse günstiger in Süddeutschland als in Norddeutschland. In der Maschinenindustrie macht sich ein gewisser Rückgang bemerkbar. Alles zusammengenommen hat sich zwar in gewissen Teilen des Arbeitsmarkts im April eine normale Besserung vollzogen, zumal in Süddeutschland, andererseits ist für eine Reihe obengenannter Gewerbe eine gewisse Verschlechterung eingetreten. Das Gesamtniveau liegt nicht unerheblich tiefer als in dem sehr günstigen Vorjahr.

Bei den an das kaiserliche Statistische Amt berichtenden Krankenkassen zeigte sich im April 1908 eine Zunahme der Beschäftigungsziffer um 9112 Personen gegenüber einer Zunahme in der gleichen Zeit des Vorjahres von 148 806 Personen. Die Berichte der Arbeitsnachweise, ebenso die zahlenmäßigen Ergebnisse dieser Stellen zeigen mehrfach eine Verschlechterung, zum Teil erheblicher Natur; am günstigsten lauten die Berichte aus Bayern.

Die Verkehrseinnahmen aus dem Güterverkehr der deutschen Eisenbahnen waren im April um 3 427 728 Mk. niedriger als im gleichen Monat des Vorjahres; es bedeutet dies gegen das Vorjahr eine Mindereinnahme von 98 Mk. oder 3,77 Prozent auf 1 Kilometer.“

Literarisches.

Von der Neuen Zeit (Stuttgart, Paul Singer) ist soeben das 34. Heft des 26. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Industrielle Parteisubsidien. Von G. Cunow. — Der Fall Behrens. Ein gewerkschaftspolitisches Schulbeispiel. Von Otto Hue. — Meritale Zweifelsentheorie. Von G. Laufenberg. — Der vierte allgemeine Krankenkassenkongress. Von J. Fräßdorf. — Der Großkapitalismus in der Elektroindustrie. Von Ingenieur R. Ulrich. — Zeitschriften-schau. — Bibliographie des Sozialismus.

Die Neue Zeit erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Kolporteurs zum Preise von 3,25 Mark pro Quartal zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abonniert werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pfg.

Probenummern stehen jederzeit zur Verfügung.

zur Beachtung für alle, die an die Redaktion schreiben

1. Wenn du etwas einer Zeitung mitteilen willst, tue dies rasch und schiebe es sofort ein.
2. Sei kurz; du sparst damit die Zeit des Redakteurs und keine eigene. Dein Prinzip sei: Tatsachen, keine Phrasen.
3. Sei klar, schreibe nicht mit Bleistift, sondern mit Tinte und leserlich, besonders Namen und Ziffern; setze Maßpunkte als Komma.
4. Schreibe nicht „gestern“ oder „heute“, sondern den Tag oder das Datum.
5. Korrigiere niemals einen Namen oder eine Zahl; streiche das schlechteste Wort durch und schreibe das richtige darüber oder daneben.
6. Die Hauptfrage: Beschränke nie, nie, nie beide Seiten des Blattes, Hundert Zeilen, auf einer Seite geschrieben, lassen sich rasch abschneiden und an die Seite verteilen. Es kommt oft vor, daß durch Beschreiben von beiden Seiten die eine Seite wegen notwendiger Korrekturen vollständig abgeschrieben oder wegen Belastung des Redakteurs gestrichen werden muß.
7. Gib der Redaktion in deinen sämtlichen Schriftstücken Namen und Adresse an. Anonyme Zuschriften kann die Redaktion nie berücksichtigen.

Abrechnung

über zur Bekämpfung der Tabaksteuer eingegangene Gelder im 13. Gau.

Da die Löbauer Kollegen allem Anschein nach nicht im Klaren sind, lasse ich diese Abrechnung hier folgen: Ein-nahme: Auf Liste 1075: 14.05 Mk., Liste 1076: 3.25 Mk., Liste 1077: 10.80 Mk., Liste 1078: 8.50 Mk., Summa: 36.60 Mk. Liste 1079 ging leer ein. — U-s-g-a-b-e: Für Referat 12 Mk., für Porto 45 Pfg., Einfindung der Abrechnung und des Geldes 40 Pfg., Kassenbestand 23.75 Mk., Summa: 36.60 Mk. Der Kassenbestand wurde an den Unterzeichneten eingesandt und ist nach Abzug von 25 Pfg. Porto und Postgeld vom Kollegen Fischer nach Berlin gefandt. (Siehe Nr. 24 des Tabakarbeiter.)

Trotzdem die Kollegen in Löbau obige Abrechnung in Händen haben, glaubten sie doch, sich an den Vorstand wenden zu müssen. Wenn diese Abrechnung und die Belege, die in den Händen des Kollegen Böhmer-Löbau sind, nicht genügen, dann bin ich außerstande, Klarheit zu schaffen. Wenn über den eingefandten Betrag unsererseits nicht quittiert wurde, so lag-es daran, daß Abrechnung und Geld hier zu spät eingingen.

Frankenberg, den 25. Mai 1908.

Gustav Lehmann.

Uereinstell.

Deutscher Tabakarbeiter-Verband.

Karl Reichmann, Vorsitzender, Bremen, Faulenstraße 58/60, II (Gewerkschaftshaus), Zimmer 6.

Für den Vorstand bestimmte Zuschriften sind an das Bureau des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes, Bremen, Faulenstraße 58/60, II (Gewerkschaftshaus), Zimmer 6, zu adressieren.

Geld-, Einschreib- u. Versendungen nur an W. Niederwolland, Bremen, Faulenstraße 58/60, II (Gewerkschaftshaus), Zimmer 6.

Für den Ausschuh bestimmte Zuschriften sind an Emil Wilken, Altona-Ottensau, Schiel-Platzstraße 1, I, zu adressieren.

Bekanntmachung.

Nachstehendem Mitglied, Hermann Schmiedt aus Nordhausen, Buch S. I, 52320, Kl. V, eingetr. am 3. 2. 07, ist die Wanderkarte abzunehmen und einzulösen. Demselben darf keine Unterstützung mehr verabfolgt werden. (S. 722.)

Bremen.

Der Vorstand.

Vom Vorstande sind ernannt:

Für Buttstädt: Otto Jfland als 1. Bev., Karl Schipper als 2. Bev., Rud. Böhmisch als 3. Bev.; Karl Hüthen als Kontrolleur. Für Gonnern: Otto Straube als 3. Bev.; Friedr. Belger als Kontrolleur.

Für Forst: Wilh. Henkel als 3. Bev.; Rudolf Neubert als Kontrolleur.

Für Jüterbog: Karl Arndt als Kontrolleur.

Für Leimen: Ludw. Sunz als 1. Bev.

Für Oranienbaum: Otto Schwilke als 1. Bev., Reinhold Künkler als 3. Bev.

Für Schutterwald: Engelbert Bruber als 1. Bev., Ambr. Krumhard als 3. Bev.; Joseph Grieshaber, Matthias Feuz als Kontrolleure.

Für Strigau: Gust. Laufer als 3. Bev.

Für Warendorf: W. Renne als 1. Bev., U. Düppjan als 2. Bev., U. Dirksen als 3. Bev.; G. Frohne, C. Uhlmann, B. Brandmeyer als Kontrolleure.

Vom 19. bis 24. Mai 1908 sind folgende Gelder bei mir eingegangen:

A. Verbandsbeiträge:

	A	B		A	B
4. April.			19. Mai.		
Danzig, B. Smutalla	2.25		Süderkreuz	100.—	
17. Mai. Lindau,			19. Hamburg	400.—	
W. Brandt	8.—		20. Weinghausen	100.—	
18. Helmstedt	70.—		20. Waldheim	200.—	
18. Niederbergen	39.88		20. Wafungen	100.—	
18. Groß-Schönau	40.—		21. Berlin	500.—	
18. Osterwerda	25.20		21. Belgig	88.—	
18. Frankenberg i. Sa.	500.—		21. Geringswalbe	98.—	
18. Rüst.	50.—		22. Gernrode a. S.,		
18. Briege i. Schl.	170.—		durch G. Burgold	65.—	
19. Nordhausen	100.—		23. Eilenburg	100.—	
19. Bergeborf	50.—		23. Grünberg i. Schl.	23.60	
19. Scharnbeck	150.—		23. Gandersheim	100.—	
19. Sonnborn,			23. Klein-Steinheim	100.—	
W. Schlüter	130.—		23. Offenburg	150.—	
19. Nees a. Rh.,			23. St. Andreasberg,		
A. Hermjen	10.—		G. Bindseil	5.—	
19. Buttstädt	100.—		24. Liegnitz	100.—	

B. Für Annoncen:

18. Mai. Niederbergen, G. Nichtenberg, Nr. 19 —.50
Berichtigung: In Nr. 21 des Tabakarbeiter muß es heißen Ottenen 800.— Mk., statt Struyken.

Der Beschluß der Generalversammlung, die freiwilligen Gelder zwecks gleichmäßiger Verteilung an den Kassierer nach Bremen zu senden, sei hiermit den Kollegen in Erinnerung gebracht.

Einwache Reklamationen wolle man innerhalb 14 Tagen bei dem Unterzeichneten einbringen.

Ersuche die Herren Mitglieder, auf dem Coupon die Bemerkung zu machen, ob es Verbandsbeiträge oder freiwillige Beiträge sind. Bremen, den 25. Mai 1908.

W. Niederwolland, Kassierer,
Faulenstraße 58/60, II (Gewerkschaftshaus), Zimmer 6.

Adressen-Henderungen:

Nachstehende Aenderungen wollen die Mitglieder immer fort-lausen in ihrem Adressenverzeichnis vornehmen, damit sie stets ein richtiges Adressenverzeichnis haben.

Für Bernau (15): Der 1. Bev. Karl Graßmann wohnt jetzt Weinbergstraße 67.

Für Leimen (8): Die Adresse ist jetzt Ludwig Sunz, Zigarrenarbeiter.

Für Oranienbaum (3): Der 1. Bev. Otto Schwilke wohnt jetzt Friedrichstraße 11.

Für Strigau (14): Der 2. Bev. Max Rische wohnt jetzt Wilhelmstraße 20.

Für Warendorf (5): Der 1. Bev. W. Renne wohnt jetzt Brüne-Brede 55.

Arbeitslosenunterstützung wird ausgezahlt:

In Warendorf i. Westfalen: Durch W. Renne, Brüne-Brede 55.

Krankenunterstützung wird ausgezahlt:

In Strigau: Durch den 2. Bev. Max Rische, Wilhelmstraße 20. An Sonnabenden von 6 bis 8 Uhr abends.

Mitglieder-Versammlung.

(Mitglieder, besucht Ewre Versammlungen zahlreich!)

In Herford: Montag, den 8. Juni (2. Pfingstfeiertag), vormittags 10 Uhr, im Lokal zur Traube, A. Seeger. Die Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gegeben. — Pünktliches Erscheinen erforderlich. J. U.: Der Bevollmächtigte.

Lahr i. S. Arbeitslosenunterstützung wird nur an solche Mitglieder ausgezahlt, welche hier in Arbeit treten.

Nordhausen. Den Mitgliedern der Zahlstelle Nordhausen und Bureau Schreibstraße 10 (Stadt Berlin), befindet. — Das Krankengeld wird Sonnabends von 8 bis 11 Uhr vormittags und 12 bis 5 Uhr nachmittags ausgezahlt. — Für Rechtsuchende ist das Bureau von 11 bis 1 Uhr nachmittags und 5 bis 7 Uhr abends geöffnet. — Wir machen ferner die Mitglieder auf § 9 Abs. 8 und § 11 Abs. 5 aufmerksam, nach welchen die arbeitslosen und kranken Mitglieder verpflichtet sind, die eingetretene Arbeitslosigkeit oder Erkrankung innerhalb 24 Stunden der Verwaltung zu melden. Die Verwaltung.

Potsdam. Mitglieder, welche hier oder in Nowawes und Caputh in Arbeit treten wollen, haben sich zuvor an die Ortsverwaltung in Potsdam zu wenden.

Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Cabakarbeiter Deutschlands.

Geschäftslokal: Hamburg-Ohlenhorst, Mozartstraße 5, I. Ausschuh: O. Sidow, Brandenburg a. S., Kurze Straße 8. Schiedsgericht: L. Dechand, Berlin N., Ruheplatzstraße 24.

Eingegangen: Cannstatt 50.— Mk., Jastrow 50.— Mk., Ratibor 57.16 Mk., Münden 85.— Mk., Schornorf 50.— Mk.

Sterbekasse: Deuben 5.55 Mk., Cannstatt 13.11 Mk., Ratibor 65.72 Mk., Schornorf 4.14 Mk., Münden 15.— Mk., Breslau 80.— Mk.

Zufüsse: Leipzig 50.— Mk., Hastedt 100.— Mk., Breslau 180.— Mk.

Kranken- und Sterbegeld: 90.— Mk.
Hamburg, den 25. Mai 1908.

H. Otto.

Die Mitglieder der Sterbekasse Frau Reimers, Nr. 1911, Lin a Green, Nr. 191 b und Martha Stenkel, Nr. 211, werden hiermit aufgefordert, ihre Beiträge bis zum 18. Juni einzulösen, wibrigenfalls mit diesem Tage der Ausschluß aus der Kasse vollzogen ist. Der Vorstand.

Kollegen! Agitiert für Eure Organisation!

J. H. Koopmann, Bremen

Fernsprecher 3946. Neustadtwall 36. Fernsprecher 3946.

Als Ersatz für den sehr hoch im Preise stehenden Brasil empfehle:
10000 Pfund Java, Umblatt und Einlage, großblättrig und flott am Blatt brennend, feine Qualität, **85 Pfg.** Ferner offeriere **12000 Pfund Carmen**, schlicht **80 Pfg.**, prima **85 Pfg.**, doppelt prima **90 Pfg.** **Sumatra-Decker**, zweitei Vollblatt-Länge, ganz hell und retnfarbig, deckt mit 1 1/2 Pfund, tabellos weiß brennend, **350 Pfg.**; erste Vollblatt-Länge, wunderbare Farben und Brand, **400-500 Pfg.** Ferner empfehle **Sumatra-Decker** von **140-400 Pfg.** in allen Farben. **Sumatra-Umblatt und Einlage** (Sandblatt) **110 Pfg.** **Vorstenland-Decker**, duffbraun **170 Pfg.**, hellfarbig **220, 250-300 Pfg.** **Java-Decker** **220-300 Pfg.**, **Umblatt** **100, 110, 120, 130 Pfg.**, **Umblatt und Einlage**, feinste Qualität und flott am Blatt brennend, **95 und 100 Pfg.** **Mexiko-Decker**, graubraun **300 Pfg.**, dunkel **220 Pfg.**, **Umblatt** **150 Pfg.** **St. Felix-Brasil-Decker**, garantiert schneeweiß Brand und größte Deckkraft, **170 und 180 Pfg.**, **Umblatt** **120 Pfg.** **Havanna**, edle Qualität, **300 Pfg.** **Yara-Cuba** **160, 220 Pfg.**, **Domingo** **85, 90, 100 Pfg.** **Portorico** **90 Pfg.** **Losgut** aus nur überseeischen Originaltabaken, meist Umblatt enthaltend, **85 Pfg.**

Wickelformen { neu und gebraucht, in allen Fassons, von 50 bis 125 Pfg. — Schiffschen-Abdrücke versende gratis und franko. }

Neue, schmiedeeiserne Formenpressen mit Flachgewinde inkl. Holzfuß und Drehrett, für **10-12 Formen**, pro Stück **6,50 Mk.**
Gummi-Tragant, allerfeinste, helle Ware, pro Pfund **250 Pfg.**
Zigarrenband, feinste, gelbe Halbseide, 8 Lin., pro 50 Mtr.-Rolle **160 Pfg.**
Preise per Pfund verzollt. Versand nur unter Nachnahme.

Bruno Eickhoff, Rohtabak, Bremen.

Preisliste! Preise verzollt per Pfund gegen Cassa. Preisliste!

Sumatra-Decker, III^e Vollbl.-Länge, hellbraun, Ia. Ia. Brand, Delt . . . 170 Pfg.
do. II^e Vollbl.-Länge, hellbraun, Ia. Ia. Brand, Delt . . . 180 "
do. II^e Vollbl.-Länge, hellbraun, Ia. Ia. Brand, Delt . . . 210 "
do. III^e Vollbl.-Länge, hellbraun, Ia. Ia. Brand, edler Delt 220 "
do. III^e Vollbl.-Länge, hell, Ia. Ia. Brand, edler Delt . . . 250 "
do. I^e Stückbl.-Länge, hell, Ia. Ia. Brand, edler Delt . . . 280 "
do. II^e Vollbl.-Länge, hellfahl, Ia. Ia. Brand, hochfein . . . 320 "
do. II^e Vollbl.-Länge, hellfahl, Ia. Ia. Brand, hochfein . . . 350 "
do. II^e Vollbl.-Länge, hellfahl, Ia. Ia. Brand, hochfein 400-700 "

Sumatra-Umblatt, leicht und hochedel, 115-130 Pfg. **Vorstenland-Decker**, fahl, Ia. Ia. Brand, 220 Pfg., Ersatz für hellen Sumatra, Ia. Ia. Brand 260 bis 300 Pfg. **Java-Umblatt**, flott brennend, 120-140 Pfg. **Java-Einlage** mit Umblatt 80-100 Pfg. **Mexiko-Decker**, hochfeinster St. Andres, 4 Pfd. deckend, 450-500 Pfg. **Havanna-Decker**, hochfein, 450-600 Pfg. **Havanna-Umblatt und Einlage** 250 Pfg. **Seedleaf**, feinstes Umblatt, 90-120 Pfg. **St. Felix-Brasil-Einlage** 100-120 Pfg. **St. Felix-Brasil-Umblatt** 120-140 Pfg. **St. Felix-Brasil-Decker** 150-200 Pfg. **Domingo** FF 90-100 Pfg., F 85-95 Pfg. **Carmen**, reines Umblatt, 90-100 Pfg. **Losgut** nur aus gemischten originalen amerikanischen Tabaken 80-90 Pfg.

Preise verzollt per Pfund Cassa.

Ziel bei längerer Geschäftsverbindung oder nach Aufgabe guter Referenten nach Uebereinkunft. — Bei größeren Abchlüssen (Preise nach Wunsch verzollt oder unverzollt) siehe mit Spezial-Offerten zu Diensten! Zum Beispiel offeriere einen Posten Domingo F à 38 Pfg., FF à 43 Pfg. per Pfund unverzollt bei Abnahme größerer Posten. Proben nur gegen Nachnahme! Umtausch garantiert!

Bruno Eickhoff, Rohtabak, Bremen.

!Roh-Tabake!

und sämtliche Utensilien zur Zigarrenfabrikation kauft man am besten und billigsten bei

L. Cohn & Co., Berlin N. 54

Brunnenstrasse 24
Deutschlands größtes Fabrik-Handelsgeschäft der Rohtabak- und Utensilien-Branche.

Größtes Zigarrenwickelformenlager Deutschlands.

Jede Fassung stets am Lager.

Soeben erschien unsere neueste Preisliste Nr. 23. Zusendung kostenlos sofort. Vertreter für Ratibor und Umgegend: **Gustav Burmeister, Ratibor**, woselbst sich ein größeres Wickelformenlager (Wickelformenpressen, Band, Sifetten sowie sämtl. Utensilien, die z. Zigarrenfabrikation nötig sind), befindet.

Roh-Tabake.

Besonders empfehlen wir folgende Sorten Tabake:

Blütenweiss brennendes mittelgraues Sandbl., Stückbl., 2. Länge Pfd. 145.

Brasil, Havanna-Qualität, reine Decke, Pfd. 145, rein Umblatt 135.

Brasil, leichte Blätter, Pfd. 110, 120, Sumatra Umblatt 115, 120, 130.

Havanna-Seedleaf, sehr zart, Pfd. 125, Java Umblatt Pfd. 110, 120, 130.

Losgut, sehr blattig, rein amerik., gesund, Pfd. 85 Pfg.

Reiche Auswahl in sonstigen Einlagen und Umblättern wie auch in hellen und mittelfarbigen Sumatra- und Java-Decken.

Proben gegen Nachnahme. Ziel nach Uebereinkunft.

L. Adler & Co.

Hamburg-Freihafen, Kehr wieder 8.

Die Expedition des Tabak-Arbeiter

Leipzig, Tauchaer Strasse 19/21

hält vorrätig und gibt gegen Einsendung des Betrags durch Postanweisung oder unter Nachnahme ab aus ihrer Gesundheits-Bibliothek:

Populäre Heilkunde mit Abbildungen, über 500 Seiten. Gebunden. Statt früher 6 Mk., jetzt nur **1.50 Mk.** (Porto 30 Pfg.).

Das goldene Buch der Gesundheit. Nützlicher Ratgeber für Gesunde und Kranke. Von Dr. med. Julius Locheim. Elegant gebunden, 512 Seiten stark, mit vielen Abbildungen. Nur **3.00 Mk.** (Porto 50 Pfg.).

Alkohol und Geschlechtsleben. Gegen Einsendung von **15 Pfg.**

Im Kampf um die Gesundheit. Ein ernstes Wort zur Bekämpfung der Lungenschwindsucht. Von Dr. Julian Marcuse. 48 Seiten stark. Nur **15 Pfg.** (Porto 3 Pfg.).

Dr. Fischers Neuester Hausarzt. Handbuch der Krankenpflege. Mit zahlreichen Abbildungen. Gebunden. Nur **1 Mk.** (Porto 20 Pfg.).

— In besserer Ausstattung, broschiert, 70 Seiten stark. **60 Pfg.** (Porto 5 Pfg.).

Die Lungentuberkulose, ihre Ursachen und Verhütung. Vortrag von Dr. med. Pfeiffer. Nur **15 Pfg.** (Porto 5 Pfg.).

Geschlechtliche Aufklärung im Arbeiterhaushalt. Von Dr. Julian Marcuse. Nur **20 Pfg.** (Porto 5 Pfg.).

Die Aufklärung des Kindes über geschlechtliche Dinge. Nach einem Vortrag von Otto Rühle. Nur **20 Pfg.** (Porto 5 Pfg.).

Moderne Arbeiterbewegung und Alkoholfrage. Von Dr. Käferstein. Gegen Einsendung von **25 Pfg.**

Die Arbeiterschaft und die Alkoholfrage. Gegen Einsendung von **15 Pfg.**

Verantwortlicher Redakteur: F. Geyer, Leipzig, Süßstraße 59. — Druck und Verlag: Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft.

Heinrich Franck
 Berlin N., Brunnenstrasse 185.
 Gegründet 1879.

Sumatra, ganz hell Vollblatt, prima Brand
 250 Pfg. verzollt.

Sämtl. Utensilien, gebr. Formen. Illust. Katalog gratis u. franco.

Gewerkschaftsbewegung u. Alkoholfrage. Mit Porto 15 s. Volksbuchhandlung, Leipzig, Tauchaer Str.

Männerkrank-

heiten u. Nervenschwäche von Spezialarzt Dr. med. Rumler. Preisgekröntes Werk. Wirklich brauchbarer, äusserst lehrreicher Ratgeber u. bester Wegweiser zur Verhütung und Heilung von **Gehirn- und Rückenmarks-Erschöpfung, Geschlechtsnerven-Zerrüttung, Folgen nervenruinierender Leiden, Exzesse und alle sonstigen geheimen Leiden.** Nach fachmännischen Urteilen von geradezu unschätzbarem, gesundheitsl. Nutzen. Für 1.60 Mk. Briefm. franko v. Dr. med. Rumler Nchf., Genf 882 (Schweiz).

Java-Umblatt und Einlage

in blattiger, schöner Ware, feinste helle und mittelfarbige **Sumatra-Decker, Carmen- und Domingo-Umblatt**, wie bestes, loses Gut, aus nur gesunden, überseeischen Tabaken zusammengestellt, offeriert billigst

Heinr. Carl Rese jr., Bremen.

Bei Blutarmut Eisen ins Blut tut gut!

Es ist eine wissenschaftlich festgestellte Tatsache, daß Deutschland im Lamscheider Stahlbrunnen einen Heilschlag ersten Ranges besitzt, der verdient, dauernd der leidenden Menschheit zugänglich gemacht zu werden.

Tausende wurden gesund.

Dankesworte nach erfolgreichen Kuren: „Aus Dankbarkeit für meine wiedererlangte Gesundheit bestätige ich hierdurch, daß ich durch den Lamscheider Stahlbrunnen von meinen früheren unfählichen Leiden: Bleichsucht, Magen- und Verdauungsschwäche, Appetitlosigkeit, nervösen Kopfschmerzen, Erbrechen usw. vollständig geheilt wurde. Jahrelang litt ich an genannten Beschwerden“ usw. usw. — Ich kann Ihnen zu meiner Freude mitteilen, daß mir der Lamscheider Stahlbrunnen sehr gute Dienste getan hat. Er hat mir den früheren Lebensmut wiedergegeben, die Nerven gestärkt, die Bleichsucht gehoben und den durch die Bleichsucht verursachten Weißfluß vollständig weggebracht.“ — „Bin mit dem Lamscheider Stahlbrunnen ausgezeichnet zufrieden, vorgenommene Diätetik kann unterbleiben, da Nervosität, Appetitlosigkeit und Schwäche verschwunden ist.“

Warm empfohlen bei Blutarmut, Bleichsucht, versch. Arten von Frauenkrankheiten, Magen- und Darmleiden, Nervenkrankheiten, blutarmen Zuständen, bei denen eine Vermehrung der Blutmenge und Verbesserung der Blutbeschaffenheit notwendig ist, z. B. nach großen Blutverlusten infolge schwerer Operationen, Wochenbetten usw., nach überstandenen erschöpfenden Infektionskrankheiten, wie Influenza usw. — Broschüren kostenlos durch: Lamscheider Stahlbrunnen in Düsseldorf SW. 77.

W. Hermann Müller
 Berlin, Magazinstraße 14.

Nr. 5927
Märker, lose Blätter
 leicht, wollig, Pfund 73 Pfg.

Nr. 6049
Mexiko-Einlage
 leicht, würzig
 Pfund 1.25 Mk. verzollt.

Wiesbadener Volksbücher
 Pro Bänden 10 bis 45 Pfg.
 Verzeichnisse umsonst und portofrei.
 Zu beziehen durch die Expedition des Tabak-Arbeiter, Leipzig, Tauchaer Str.

Gebrauchte Formen

werden von jungem Anfänger zu kaufen gesucht. 1 schlanke und 2 verschiedene schräge Fassons sowie Zigarren- und Wickelpresse; event. würde eine kleine Fabrikations-Einrichtung kaufen. Off. unt. R. Sch. 20 in der Exped. d. Bl. niederzulegen.

Achtung!

Welcher Kollege besitzt die Freundschaft und teilt mir die genaue Adresse des Gastwirts Herrn **K. Baumgartl in Neudel** (wo?) mit? Porto wird vergütet.
Frau Golzer in Bretten (Baden).

Unserer Kollegin **Anna Keil** aus Canons zu ihrem am 24. Mai stattgefundenen Geburtstag die herzlichsten Glückwünsche und unserm Kollegen **Artur Grundmann** zu seinem am 31. Mai stattfindenden Geburtstag ein 9999999 mal donnerndes Hoch.
 Die Kollegen und Kolleginnen in Zwintschöna bei Halle.

Bernhard R. Müller

Magdeburg, Fürstenwallstr. 9.

Bestes Rohtabakgeschäft der Provinz. — Gegründet 1886.

Sumatra- und Java-Decken 2.00, 2.25, 2.50 *M.*, hell 2.60, 2.80, 3.00, 3.20, 3.40, 3.60, 3.80, 4.00, 4.60 *M.* — **Java** 0.92, 0.95, 0.98, 1.05, 1.10, 1.25, 1.35, 1.40, 1.46 *M.* — **Domingo und Carmen** 0.98, 1.00, 1.05, 1.20, 1.30 *M.* — **Mexiko** 2.50, 3.00, 3.50 *M.* — **Havanna** 3.60 *M.* — **Felix** 1.00, 1.10, 1.15, 1.20, 1.25, 1.30, 1.50 *M.* — **Losgut**, blattig und gesund, 0.90 *M.* — **Uckermärker** 0.75, 0.78, 0.84, 0.88 *M.* — **Rebuts** 0.86, 0.88 *M.* (Umblatt). — **Holländer Umblatt** 0.88 *M.*
 Diskont gewähre 3 Prozent. — Versand nur unter Nachnahme.

Roh-Tabak.

Sumatra-Decke, hell, 200, 280, 300, 325, 350, 375, 425, 500, 550, 600, fahl, mittel 225, 275, 300, 350, 425 s.
Java-Sumatra-Decke 215, 230 s.
Vorstenland-Decke 225, 250, 275 s.
Java 85, 90, 95, 105, 120, 130, 135, 140 s.
Brasil 105 Erf., 125, 130, 135, 150, 200 s.
Carmen, Domingo 95, 100, 110, 120, 130 s.
Mexiko-Decke ff. 450 s.
Pa. Losgut 85 s. netto.
 Fabrikabfall, grob, 75 s.
Entrippte, rein überseeische hochfeine Einlage 120 s netto
 Inländische Tabake 75, 85 s.
 Preise per Kasse mit 3 Proz. Rabatt. Versand unter Nachnahme.

Bedarfs-Artikel

Wickelformen, neue, zu Originalpreisen, gebrauchte, viele Fassons am Lager.
 Pressen zu 10 Formen nur 8, 10 u. 16 *M.*, mit Rad 19 *M.*, ganz Eisen 26 *M.*
 Presskasten zu 1000 Zigarren nur 5.75 *M.*
 Rollbretter 175, 200 s., Strohholz 300, 350 s.
 Bündelböcke, verstellb., nur 1.25 u. 2.25 *M.*
 Arbeitsmesser 20 u. 30 s., 35 s. Hamburger.
 Lack 30 s., 8 Stangen.
 Papier, blau, 40 Bogen pro Pfund, 20 s.
 Band 50 Meter von 70 s an.
 Ringe ff. nur 20, 25 s., mit Porzellan 45 s.
 Etiketten von 40 s pro 100 Stück an.
 Gummi-Tragant nur 175, 225, 250 s. pro Pfd.
 Gebrauchte Arbeitstische, Pressen, Rahmen, Sehragen, Siebe etc. stets am Lager.
 Preise per Kasse ohne Abzug.

S. Hammerstein Filiale
 Vertreter: Gustav Boy
 Berlin N., Brunenstr. 183.

Carl Roland, Berlin SO.
 Rottbuser Straße 4.
 Gegründet 1871. Gegründet 1871.

Nr. 769, Decke zum Verkehrtrollen, 1.50 *M.* **Vorstenland**, hellbraun, 1. Länge, 2.60 *M.* **Sumatra-Tabake** von 2 bis 5 *M.*. Alle anderen Tabake billigst. Nur streng reelle Bedienung.

Ratgeber f. Arbeiter
 Geb. 1.25 *M.*
 Volksbuchhdl Leipzig.

Geräte für die Fabrikation

als:
Wickelformen, Formenpressen
Riffenpressen
Arbeitsstische, Ehemel, Sortierstischen, Stühlchen für Wickelmacher Bündelpressen zc.
Rollbretter, Ia.-Ware. rotbuchen 1.50 *M.*, weißbuchen 2 *M.* unverwundlich!
Echt amerik. Kopholz-Bretter mit Eisenböden — Unerreicht in Haltbarkeit! — per Stück 5.50 *M.*, 10 Stück 53 *M.*
Arbeitsmesser, prima Stahl per Stück 25 s., 10 Stück 2 *M.*
Hamburg-Arbeitsmesser zu gleichen Preisen.
Trockenöfen zu 2 *M.* 40 *M.* zu 3 *M.* 55 *M.*
 P. S. Sämtliche Geräte sind nur aus bestem Material hergestellt, worauf ich ganz besonders aufmerksam mache.
W. Hermann Müller, Berlin
 Magazinstraße 14.

Roh-Tabak!

Neueröffnung.
 Niederlage sämtlicher überseeischer Zigarrentabake.
 Detailverkauf zu Engrospreisen.

A. Plonsk & Co.
 Berlin N., Brunnenstrasse Nr. 25.

Kleine Zigarrenfabrik
 in Kreisstadt (Bez. Magdeb.), mit dazu gehörend. Inventar, Kundschaft u. schönem Obstgarten, vollständig, für 12000 *M.* soj. zu verkaufen. Anzahlung nach Uebereinkunft. Offert. u. C. T. 100 an d. Exped. d. Blattes.

Verfädder's Reise-Romane
 Größte Auswahl.
 Prachtbände 1.50 *M.*, Porto 30 Pfg.
 Zu beziehen durch die Expedition des Tabak-Arbeiter, Leipzig, Tauchaer Str.

Briefkasten.
 Koll., Zwintschöna 90 Pfg. — Koll., Neudamm 60 Pfg. — H. L., Hamburg 50 Pfg. — Koll., Striegau 60 Pfg.

Eine neuerliche Entrechtung der Arbeiter in Sicht?

Auf dem vor einigen Tagen in Berlin abgehaltenen Krankenkassenkongress, auf dem die Reichsregierung trotz erfolgter Einladung unvertreten blieb, dafür aber die Berliner Polizeidirektion bezeichnenderweise zwei Schutzleute zur Ueberwachung entsandt hatte, wurde ein Entschuldigungs schreiben des Staatssekretärs des Innern v. Bethmann-Hollweg verlesen, worin gesagt ist, daß die Vorarbeiten zur Reform noch nicht so weit gefördert seien, daß sie für die Beratungen als Unterlage dienen könnten. Er werde auch zu gegebener Zeit die Vertreter der verschiedenen Kassenarten zu einer Konferenz im Reichsamte des Innern einladen.

Damit ist klipp und klar gesagt, daß die Abänderungs-Novelle für die Arbeiterversicherung noch nicht sogleich zu erwarten steht. Demgegenüber behauptet aber das mit den Scharfmachern und den rückständigsten Verwaltungen der Berufsgenossenschaften in guter Fühlung stehende Zentralblatt für das deutsche Baugewerbe in seiner Nummer vom 15. Mai auf Grund von Angaben „aus zuverlässiger Quelle“, daß der Entwurf für die in Aussicht gestellte Abänderung der Arbeiterversicherungs-Gesetze fertig gestellt sei und veröffentlicht daraus die nachfolgenden Grundzüge. Der Herr Staatssekretär befindet sich daher mit seiner schriftlichen Versicherung an den Krankenkassenkongress im Widerspruch mit den Angaben des Scharfmacherblattes.

Bei der Art, wie in Deutschland Gesetze fabriziert werden, ist es nur zu glaubhaft, daß die Angaben des baugewerblichen Zentralblattes richtig und daß die Grundzüge für die Abänderung der Arbeiterversicherungs-Gesetze bereits festgelegt sind, wobei natürlich das Scharfmachertum kräftig mitgewirkt hat.

Für die Arbeiterschaft ist es daher von großer Wichtigkeit, beizeiten zu erfahren, was hinter den Kulissen vorgeht. Wir drucken deshalb die Mitteilung des genannten Blattes nachfolgend ab:

Danach umfaßt der angeblich bereits fertiggestellte Entwurf das ganze Gebiet des Arbeiterversicherungsrechts. Die leitenden Grundsätze sind: auf dem Gebiete der Krankenversicherung mögliche Zentralisierung, auf dem der Unfallversicherung Dezentralisierung der Verwaltung.

Die vorhandenen Arten der Kassenorganisation, die sich bewährt haben und in den Rahmen der Neuorganisation hineinpassen, sollen beibehalten, jedoch soll auf ihren Zusammenschluß mit Nachdruck hingewirkt werden. Für die Versicherung der Landarbeiter werden Landkrankenkassen vorgesehen, die Gemeindefrankenversicherung geht ein. Die Beiträge zur Krankenversicherung sollen je zur Hälfte von den Arbeitgebern und Arbeitnehmern aufgebracht werden. Den letzteren soll nach wie vor die Beitragszahlung über Krankenkassenvereine und Beiträge zwei Drittel, den ersteren ein Drittel der Stimmen zustehen. Die Krankenkassenvorstände sollen jedoch einen unparteiischen Vorsitzenden erhalten.

Alle Krankenkassen im Bezirk einer unteren Verwaltungsbehörde werden zu einem Verbande zusammengeschlossen. Dieser bildet die Lokalinstanz; sie soll die Funktionen eines gemeinsamen Unterbaues der Unfall-, Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung in sich vereinigen und die Aufsichtsbehörde der Krankenkassen sowie die regelmäßige Spruch- und Beschlusbehörde erster Instanz für das gesamte Gebiet der Arbeiterversicherung bilden, und endlich alle bisherigen örtlichen Behörden übernehmen. Sie soll Versicherungsamt heißen und der unteren Verwaltungsbehörde angegliedert werden. Dem geschäftsführenden Beamten, Versicherungsamtmann genannt, für den der Besitz der Fähigkeit zum Richteramt oder zum höheren Verwaltungsdienst nicht gefordert, wohl aber der Nachweis längerer Betätigung bei einer Landesversicherungsanstalt, Berufsgenossenschaft oder einer der Spruchinstanzen der Arbeiterversicherung verlangt wird, ist der Leiter der unteren Verwaltungsbehörde (Landrat oder in Städten über 10 000 Einwohner der Bürgermeister) übergeordnet. Der Beamte wird von dem Kommunalverband seines Amtsbezirks ernannt, wobei den Versicherungsträgern eine Mitwirkung bedingt zusteht. Sowohl die geschäftsführenden Beamten wie die nötigen Hilfspersonen haben die Eigenschaft kommunaler Beamten.

Zur Besetzung der Spruchauschüsse des Versicherungsamtes wird die gleiche Zahl von Vertretern der Arbeitgeber und Versicherten gewählt. Sowohl auf dem Gebiete der Unfallversicherung wie auch auf dem der Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung fällt dem Versicherungsamt die Feststellung der gesetzlichen Entschädigung zu. Ferner soll denselben die Entscheidung auf alle Beschwerden übertragen werden, über die jetzt von den Regierungspräsidenten oder dem Reichsversicherungsamt zu entscheiden ist, also Beschwerden in Sachen des Genossenschaftssteuer-, Beitrags-, Beschäftigungs-, Gefahrenertrags-, Heilverfahrens während der ersten 13 Wochen nach dem Unfall oder zur Anwendung der Heilanstaltspflege verpflichtend ist.

Die jetzigen Schiedsgerichte werden zu Oberversicherungsämtern ausgestaltet, deren Vorsitzender, Direktor des Oberversicherungsamtes, die Befähigung zum höheren Verwaltungsdienst oder Richteramt besitzen muß. Die Oberversicherungsämter werden an die höheren Verwaltungsbehörden (Regierungen, Berlin: Polizeipräsident) angelehnt; ihre Bezirke decken sich deshalb mit denjenigen der vorgenannten Behörden. Die Oberversicherungsämter bilden die zweite Instanz hinsichtlich aller Zweige der Arbeiterversicherungen für alle Entschädigungsfeststellungen wie auch der Beschwerden.

Gegen die Entscheidungen des Oberversicherungsamtes steht das Rechtsmittel der Revision an das Reichsversicherungsamt zu. In Streitigkeiten aber, in denen es sich um das Heilverfahren, das Sterbegeld, um die Frage, ob ein Unfall vorliegt, ob derselbe erwiesen ist, ob der Unfall eine versicherungspflichtige Person betroffen hat, ob der Anspruch verjährt oder der Unfall bei Begehung von Verbrechen eingetreten ist, ob der Jahresarbeitsverdienst zutreffend berechnet ist, wird die Revision überhaupt ausgeschlossen. Dasselbe geschieht aber auch, wenn es sich um die anderweitige Feststellung der Entschädigung nach Eintritt einer Veränderung der Verhältnisse handelt. Die Versicherungsämter sollen an die grundsätzlichen Entscheidungen des Reichsversicherungsamtes gebunden und gehalten sein, Streitfälle, in denen sie von diesen Entscheidungen abweichen wollen, oder in denen es sich um eine noch nicht festgestellte Auslegung gesetzlicher Bestimmungen handelt, an das Reichsversicherungsamt abzugeben.

Was die Pflicht der Tragung der Kosten anbelangt, so soll diese in der Hauptsache für das Versicherungsamt den Berufsgenossenschaften und den Landesversicherungsanstalten, für das Oberversicherungsamt dem Staat und für das Reichsversicherungsamt dem Reiche (für die Landesversicherungsämter den betreffenden Bundesstaaten) verbleiben. Die Krankenkassen sollen zur Tragung der Kosten des Versicherungsamtes nicht herangezogen werden, vielmehr die Berufsgenossenschaften und Versicherungsanstalten auch diejenigen Kosten übernehmen, die die Krankenversicherung den Versicherungsämtern verursacht.

Die unvollkommenen Angaben über die zukünftige Gestaltung der Arbeiterversicherung in dem Zentralblatt für das deutsche Baugewerbe lassen mit größter Deutlichkeit erkennen, daß die Selbstverwaltung der Arbeiter in den Krankenkassen vernichtet werden soll. Zu diesem Zwecke sollen die Beiträge halbiert und damit die Hälfte der Vorstandspositionen den Unternehmern ausgeliefert werden. Außerdem soll der Kassenvorstand noch einen „unparteiischen“ Vorsitzenden bekommen. Die Zuficherung in den „Grundzügen“, daß den Versicherten bei der Beschlussfassung über Unternehmerrückstellungen und Beitragszahlung die Entscheidung zustehen soll, ist fauler Zauber, denn sobald den Arbeitern der Einfluß in der Verwaltung beschnitten wird, hat ihre Mitentscheidung nur noch sekundäre Bedeutung.

Wenn also diese Angaben richtig sind, so ist man in Deutschland drauf und dran, die Arbeiterversicherung rückwärts zu revidieren. Denn auf dem Krankenkassenkongress wurde vornehmlich von einwandfreier Arbeitgeberseite hervorgehoben, daß ohne Selbstverwaltung, bei der die Versicherten das vorwärtsdringende und vorwärtsstürmende Element sein müssen, die Krankenkassen zu bürokratischen Anstalten herabsinken und jeder sozialen Bedeutung entbehren. Die wohltätige Kraft der Krankenkassen würde dann gebrochen und eine Gefahr für die Volksgesundheit sondergleichen heraufbeschworen werden.

Das sind Aussprüche von Männern, welche durch langjährige Erfahrung zu dieser Erkenntnis gekommen sind. Aber deren warnende Stimme wird übertönt von den Unkenrufen des scharfmacherischen Unternehmertums, dem der Einfluß der Arbeiterschaft auf irgendwelchem Gebiete ein Greuel ist und der deshalb bejeitigt werden muß.

Es ist bezeichnend für die ganze politische Situation in Deutschland, daß der Ressortminister dem maßgebendsten Interessentenkreise auf dem Gebiet der Krankenversicherung mitteilt, von einem fertiggestellten Entwurf über die Abänderung der Arbeiterversicherungs-Gesetze noch nichts zu wissen, während in Scharfmacherkreisen die Grundzüge eben dieses Entwurfes bereits publiziert werden!

Diese Tatsache läßt unwillkürlich die Vermutung aufkommen, daß die Gesetzeswürfe nicht in den Ministerien, sondern in den Bureaus der Scharfmacher festgelegt werden und die einzelnen Ressortminister haben sie dann unbedenkenlich zu übernehmen.

Diese Andeutungen mögen für heute genügen. Es ist auch noch abzuwarten, inwieweit die Angaben des Zentralblattes offizielle Bestätigung finden.

Zimmerhin müssen die Arbeiter schon jetzt auf der Hut sein und alle diesbezüglichen Vorgänge genau beobachten. Denn es dreht sich hier um eine weitere Entrechtung der Arbeiter, welche dieselben mit allen Kräften abzuwehren suchen müssen.

Gewerkchaftliches.

Mitglieder, die in einem andern Orte in Arbeit zu treten gedenken, haben sich vorher an den zuständigen Bevollmächtigten zu wenden, ehe sie die Arbeit annehmen.

Solzhausen bei Pyrmont und Löwensteinthal bei Pyrmont. Der Abwehrkampf bei der Firma Biermann u. Schörling, Sitz Bremen, dauert fort.

Neumünster. Die Arbeiter sind in einen Streik eingetreten. Einige Firmen haben bereits die Forderungen bewilligt und steht zu hoffen, daß die übrigen Firmen dem guten Beispiel bald folgen.

Magdeburg. Bei der Firma Colbig waren die Arbeiter in einem Abwehrkampf begriffen. Durch Verhandlung mit dem Gauleiter wurde der Lohnabzug zurückgenommen und der bisherige Lohn wieder zugestanden.

Hamburg. Bei der Firma Ahrens u. de Corte hatten die Arbeiter eine Lohnforderung gestellt. Durch Verhandlung mit dem Gauleiter wurde auf zwei Sorten 50 Pfg. auf eine Sorte 1 Mk. Lohnerböhung zugestanden.

Die Arbeiter der Zigarettenfabrik in Firma S. Elefthiedis u. Co. hatten Lohnforderungen gestellt, die eine Gleichstellung der Löhne für weibliche mit den männlichen Arbeitern zum Ziele hatten. Die Firma reagierte darauf und beantwortete die Forderung mit der Maßregelung einer Arbeiterin, eine Maßnahme, welche die Arbeiter veranlaßte, die Arbeit einzustellen. Dies Vorgehen geschah ohne Wissen des Gauleiters. Natürlich war auch die Organisation schlecht. Die Arbeitseinstellung dauerte einen halben Tag. Die Folge davon war, daß die Arbeiter ihre Forderungen nur zum Teil bewilligt erhielten. Die Lohnzulage machte für männliche Arbeiter 25 Pfg., für weibliche Arbeiter 50 Pfg. aus. Die Gemäßregelte wurde nicht wieder eingestellt. Dieser Kampf sollte den beteiligten Arbeitern eine Lehre sein, daß nur eine straffe Organisation Verbesserungen zu bringen imstande ist.

Besser als die Arbeiter vorgenannter Firma waren die bei der Zigarettenfabrik „Uppers Antiaris“, Inh. Erwin Hirschfeld in Hamburg, Beschäftigten daran, sie hatten keine Forderungen gestellt, erhielten aber im Hinblick auf den stottern Geschäftsgang von der Firma freiwillig eine Lohnzulage. Diese betrug für männliche Arbeiter 45 Pfg., für weibliche Arbeiter 50 Pfg. Natürlich soll man das nicht als ein besonderes Wohlwollen der Firma gegenüber den Arbeitern hinnehmen. Die Firma

wird schon sehen, daß sich ihr Profit nicht schmälert, sie wird im Gegenteil sehen, denselben noch zu erhöhen. Für die Arbeiter bedeutet dies eine besondere Mahnung, sich für einen späteren Kampf vorzubereiten.

Dranienbaum. Die Kollegen der Zigarettenfabrik von Eduard Döring haben die Kündigung eingereicht, da die Unterhandlungen über die eingereichten Forderungen kein befriedigendes Resultat brachten. Dieser Betrieb ist von den Kollegen zu meiden.

Eine internationale Konferenz christlicher Gewerkschaftsführer soll im Juli d. J. in Zürich abgehalten werden. Sie soll sich mit der Frage der Organisationsform, mit den organisatorischen Aufgaben der christlichen Gewerkschaften an den Grenzgebieten und mit der Gründung eines internationalen Sekretariats befassen.

Die Christen sind eifrig dabei, die Einrichtungen der freien Gewerkschaften nachzuahmen. Nun suchen sie sogar schon internationale Beziehungen anzuknüpfen, die sie, soweit sie von den freien Gewerkschaften gepflegt werden, nicht genug verlasten konnten. In eine schwierige Lage dürfte der christliche „Solzarbeiter“ kommen, der noch vor nicht langer Zeit in bezug auf den internationalen Solzarbeiterkongress zu erzählen mußte: „Gerade die kulturell hochstehenden Länder lehnten es ab, den internationalen Kundelmußel, bei dem die Halbkultur am meisten zu jagen weiß, mitzumachen,“ und der die Verhandlungen selbst als „leeres Geschwätz“ bezeichnete. Ob er wohl über die internationale Christenkonferenz ebenso urteilen wird? Wir zweifeln nicht daran, daß er sich mit Gottes Hilfe durchzulügen wissen wird, fintemalen der Bannstrahl, der von der Zentralleitung der christlichen Gewerkschaften gegen die christliche „Baugewerkschaft“ geschleudert wurde, weil sie sich im Falle Behrens eine eigene Meinung zu äußern erlaubte, dem christlichen „Solzarbeiter“ als Warnung dienen dürfte, nicht gegen den Stachel zu lösen.

Der Zentralverband der Maurer Deutschlands hat nach der Abrechnung für das Jahr 1907 1 213 608 Mark als Streikunterstützung ausgegeben. Der Verband ist in 22 Gaue eingeteilt, die zusammen 197 066 Mitglieder zählen. Der Gau Berlin steht mit 30 226 Mitgliedern, wovon auf Berlin 12 156 entfallen, an der Spitze. An zweiter Stelle folgt der Gau Leipzig mit 22 836 Mitgliedern. Ueber 10 000 Mitglieder haben dann noch die Gaue Frankfurt a. M. (14 083), Hamburg (13 737), Mannheim (13 221), Dortmund (10 497) und Hannover (10 376). Interessant ist die Verteilung der Streikunterstützung auf die einzelnen Gaue. Von den 1 213 608 Mark entfielen auf den Gau Berlin 658 822 Mark, den Gau Erfurt 135 336 Mark, den Gau Leipzig 101 823 Mark, den Gau Mannheim 65 111 Mark und den Gau Hannover 56 335 Mark. Auf die Stadt Berlin allein entfielen von den Hauptkassengeldern für Streiks und Bausperrn 631 395 Mark, während die Einnahmen und Extrabeiträge Berlins 340 469 Mark ausmachten. Die Streikunterstützung auf alle Mitglieder berechnet macht pro Kopf rund 6,16 Mark. An die Hauptkasse fanden sämtliche Zweigvereine 2 587 025 Mark ein oder pro Mitglied 13,13 Mark.

Die organisierten Zigarettenmacher in den Vereinigten Staaten und Kanada haben nach ihrem jüngst veröffentlichten Bericht für das Jahr 1907 eine Mitgliederzahl von 48 053 in etwa 500 lokalen Vereinigungen. Das Vereinsvermögen der Organisation beträgt 773 700 Dollar. Die Jahreseinnahmen beliefen sich auf 822 720 Dollar, die Ausgaben auf 763 522 Dollar. Unter den letzteren stehen verzeichnet: Krankenunterstützung 173 505 Dollar, Sterbegelder 207 558 Dollar, Streikunterstützung 22 664 Dollar, und Arbeitslohenunterstützung 19 497 Dollar. Die Zigarettenmacherunion ist eine der stärksten unter den amerikanischen Gewerkschaften.

Anträge

zum
sechsten Kongress der Gewerkschaften Deutschlands.

Zur Tagesordnung.

Verband der Sattler (Zahlstelle Hamburg): Auf die Tagesordnung des Gewerkschaftskongresses zu setzen: Gewerkschaften und Waisfeier.

Verband der Schuhmacher (Zahlstelle Birmasens): Auf die Tagesordnung des Gewerkschaftskongresses als Punkt 7 zu setzen: Zentral- und Industrieverbände.

Punkt 2 der Tagesordnung.

Rechenchaftsbericht der Generalkommission.
Deutscher Metallarbeiterverband (Zahlstelle Dortmund): „Im Interesse der genossenschaftlichen Entwicklung möge der Gewerkschaftskongress die einzelnen Gewerkschaften nochmals auf die in der Resolution 52c des Kölner Gewerkschaftskongresses festgelegten Pflichten hinweisen. Auch in ihren Versammlungen für weitestete Verbreitung des Konsum- und Genossenschaftswesens Sorge tragen.“

a) Allgemeine Agitation.

Gewerkschaftskartell Thüringen: Der Gewerkschaftskongress wolle beschließen: „Die Hauptvorstände der einzelnen Organisationen zu veranlassen, eine planmäßige Agitation in Thüringen, und zwar ganz besonders im Thüringer Walde, zu betreiben.“

Vorstand des Verbandes der Handlungsgehilfen. Antrag, betreffend die Bewegung der Privatangestellten: „Der sechste deutsche Gewerkschaftskongress weist die Bestrebungen, welche darauf gerichtet sind, zwischen den in Handel, Industrie und Gewerbe beschäftigten Angestellten einerseits und den Arbeitern andererseits Mißtrauen zu erregen und sie zur gegenseitigen Bekämpfung zu veranlassen, entschieden zurück. Der Kongress macht darauf aufmerksam, daß die kaufmännischen und technischen Angestellten gleichermaßen zu den proletarischen Schichten der Bevölkerung gehören wie die Arbeiter und sie wie diese von ihrer Hände oder ihres Kopfes Arbeit leben. Niedrige Entlohnung, lange Arbeitszeit und andre ungünstige Bedingungen sind heute nicht nur für das Arbeitsverhältnis der Arbeiter, sondern auch

für den Dienstvertrag der Angestellten charakteristisch. Angestellte und Arbeiter haben also gleiche Interessen gegenüber dem Unternehmertum zu vertreten. Ueber diese Tatsache dürfen sie sich weder von den Unternehmern selbst noch durch deren offene und heimliche Diener täuschen lassen, denn das würde lediglich zum Nutzen des Unternehmertums, aber zum Schaden der Angestellten und Arbeiter ausschlagen.

Der Kongress erklärt daher den im Sinne der modernen Gewerkschaftsbewegung gehaltenen Forderungen der kaufmännischen und technischen Angestellten, die eine Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Lebenslage durch gewerkschaftliche und gesetzliche Regelung bezwecken, ausdrücklich seine volle Sympathie. Der Kongress tritt insbesondere den Wünschen des Unternehmertums im Handelsgewerbe, daß der geforderte Schutz der Angestellten mit Rücksicht auf die konsumierende Bevölkerung nicht durchzuführen sei, namens der Arbeiterschaft energisch entgegen. Die Verfürgung der Arbeitszeit auf acht Stunden, die Sonntagsruhe usw. sind Forderungen, auf welche die kaufmännischen Angestellten und Handelsangestellte wie alle andern Gruppen der erwerbstätigen Bevölkerung berechtigten Anspruch haben.

Der Gewerkschaftskongress nimmt an, daß die kaufmännischen und technischen Angestellten die in ihren Reihen künstlich genährten arbeiterfeindlichen Strömungen als ihnen selbst schädlich erkennen und diesen daher entsagen werden. Denn die Folge oder die Mißfolge der Arbeiterschaft werden nicht ohne Rückwirkung bleiben auf die Lebenslage der Angestellten. Je rascher die Arbeiterschaft in ihrem Kampfe vor- und aufwärts schreitet, desto schneller werden die Angestellten nachfolgen können. Andererseits wird auch die Bewegung der Angestellten zur Verbesserung ihrer Lohn- und Arbeitsbedingungen den Arbeitern ihren Kampf zu erleichtern vermögen. Der Gewerkschaftskongress empfiehlt diese Tatsachen sowohl den Angestellten als auch den Arbeitern im beiderseitigen Interesse zur nötigen Beachtung.

Gewerkschaftskartelle der Provinz Sachsen und Anhalt: „Der Gewerkschaftskongress wolle Mittel bereitstellen zu einer intensiven Agitation unter den Land- und Forstarbeitern.“

Gewerkschaftskartell Passau: „Der Gewerkschaftsbereich Passau erücht den Gewerkschaftskongress zu Hamburg, folgendes zu beachten: In dem Gebiete des bairischen Waldes stehen noch zirka 8000 Wald- und Forstarbeiter der Organisation fern. Eine geeignete Agitation konnte bis jetzt in diesem Gebiete nicht betrieben werden, da teils die eine Organisation es ablehnte, in diesem Berufe Beschäftigte aufzunehmen, andre wieder nicht agitationsfähig genug waren, um dieses Gebiet geeignet bearbeiten zu können. Es ist darum einer Organisation diese Agitation zu übertragen und ihr auch anheimzustellen, ihren Titel in geeigneter Weise zu ändern.“

Gewerkschaftskartell und Vorstände der Zahlstellen der Zentralverbände Frankfurt a. M.: „Der Gewerkschaftskongress möge beschließen: Die Generalkommission wird beauftragt, mit dem Vorstand der sozialdemokratischen Partei erneut in Verhandlungen zu treten, um eine befriedigendere Regelung der Unterstützungsfrage der bei der Meißner Gemafregelungen zu erzielen, wie dies in den bekannten Vereinbarungen geschehen ist.“

Deutscher Metallarbeiterverband (Zahlstelle Kiel): „Am die Meißner für die Zukunft mehr wie bisher zur Durchführung zu bringen, möge der Kongress beschließen, daß die Frage der Unterstützung bei Aussperrungen in der Weise geregelt wird, daß die Zentralverbände die Hälfte der Unterstützung zahlen und die andre Hälfte von den gewerkschaftlich und politisch organisierten Genossen am Orte getragen wird. — Die Unterstützung ist vom vierten Tage an zu zahlen. Sollten die Gewerkschaften sich nicht verpflichten können, die entstehenden Kosten für die Aussperrungen bei der Meißner zu beden, dann möge der Kongress eine andre Form der Meißner in Vorschlag bringen.“

Verband der Tabakarbeiter (Zahlstelle Oggersheim): „Der Gewerkschaftskongress möge beschließen, daß sämtliche Zahlstellen der Gewerkschaften, welche der Generalkommission angeschlossen sind, auch den am Ort befindlichen freien Gewerkschaftskartellen beitreten müssen.“

Gewerkschaftskartell Sahnau i. Schl.: „Der Gewerkschaftskongress möge beschließen: Die Gewerkschaftskartelle sind verpflichtet, den ihnen von den Gewerkschaftskongressen resp. der Generalkommission zugewiesenen Aufgaben voll und ganz nachzukommen. Die Orts-, Zweigvereine und Zahlstellen der Gewerkschaften, welche sich an Orten befinden, für die ein Kartell besteht, müssen demselben angehören. Nichtzugehörigkeit zum Kartell hat für die betreffenden Zweigvereine Entziehung statutarischer Rechte durch ihre Zentralorganisation zur Folge. Die Schaffung der dafür gültigen allgemeinen Grundzüge überweist der Kongress der nächsten Konferenz der Zentralverbände.“

Gewerkschaftskartell Mülheim a. d. R.: „Der sechste Gewerkschaftskongress möge beschließen: Die Bergarbeiter sind gehalten, an den einzelnen Orten, wo dieselben den örtlichen Gewerkschaftskartellen angeschlossen sind, dieselben Beiträge zu entrichten wie die übrigen Gewerkschaften, mit Ausnahme der jeweiligen Sekretariatsbeiträge usw., sofern sie für den Ort ein eigenes Sekretariat in der Nähe haben.“

Gewerkschaftskartell Rothenburg o. d. T.: „Der sechste Gewerkschaftskongress möge Mittel zur Verfügung stellen, daß auch Gewerkschaftler aus kleineren Orten, die speziell in Gewerkschaftskartellen tätig sind, die Gewerkschaftsschule besuchen können.“

d) Agitation unter den fremdsprachlichen Arbeitern.

Deutscher Metallarbeiterverband (Zahlstelle Dortmund): „In Anbetracht der großen Zuwanderung polnisch sprechender Arbeiter im Ruhrgebiet, vorwiegend in Dortmund, Herde und Umgegend, muß den Gewerkschaften zur Pflicht gemacht werden, sich mehr dieser Kategorie zu widmen. Eine Aktion hier zu unternehmen, ist ausgeschlossen, bevor nicht dieses Gros von Arbeitern den einzelnen Gewerkschaften zugeführt ist. Da aber die Agitation unter diesen Arbeitern eine sehr schwere ist, wir ihnen auch mit der deutschen Sprache nicht die notwendige Aufklärung einprägen können, auch in Zukunft durch die Sprachparagrafen des neuen Vereinsgesetzes nicht mehr imstande sind, Versammlungen mit polnischen Referaten abzuhalten, möge der Kongress beschließen, daß die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands beauftragt werde, so bald wie möglich eine Zeitung in polnischer Sprache herauszugeben. Die Kosten hierfür aber werden den Gewerkschaften auferlegt.“

f) Heimarbeit.

Deutscher Tabakarbeiterverband (Zahlstelle Berlin): „Der sechste Gewerkschaftskongress beschließt unter Wiederholung des von dem fünften Gewerkschaftskongress angenommenen Antrages: Die in den Gewerkschaftsorganisationen organisierten Mitglieder sind zu verpflichten, ihre Frauen und Töchter, welche in gewerblichen Betrieben oder Heimarbeit beschäftigt sind und durch ihre Nichtorganisation den Fortschritt in den in Frage kommenden Gewerben (Konfektion, Tabakindustrie usw.) hemmen, den in diesen Gewerben existierenden Gewerkschaftsorganisationen zuzuführen. Die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands wird beauftragt, an sämtliche Kartelle, Gewerkschaftskommissionen usw. durch Rundschreiben auf diesen Beschluß aufmerksam zu machen, dafür einzutreten, daß dieser Beschluß auch voll und ganz zur Geltung gelange, damit der auf diesen Gebieten herrschenden Schmutzkonkurrenz durch die dort herrschende Lohnunterbietung kräftig entgegengetreten werden kann.“

Beseitigung des Kost- und Logiszwanges beim Arbeitgeber.
Verband der Friseurgehilfen (Zahlstelle Frankfurt a. M.): „Der Gewerkschaftskongress beauftragt die Kommission zur Beseitigung des Kost- und Logiszwanges in Verbindung mit allen in Betracht kommenden Berufsverbänden, bei der geschickenden Körperschaft dahin zu wirken, daß der § 115 Absatz 2 der Reichs-

gewerbeordnung vollständig gestrichen oder dahin abgeändert wird, daß der Arbeitgeber den Gehilfen Kost und Logis nicht gemähren darf.“

h) Korrespondenzblatt.

Gewerkschaftskartell Rothenburg o. d. T.: „Das Adressenverzeichnis im Korrespondenzblatt ist so zu ergänzen, daß auch die Adressen sämtlicher Gau- und Bezirksleiter veröffentlicht werden.“

Punkt 6 der Tagesordnung.

Der Boykott als gewerkschaftliches Kampfmittel.

Verband der Friseurgehilfen (Zahlstelle Frankfurt a. M.): „Der auf Antrag eines Zweigvereins vom örtlichen Kartell verhängte Boykott infolge einer Lohnbewegung macht es jedem organisierten Arbeiter zur Pflicht, diesen Beschluß zu befolgen. Handlungen entgegen diesem werden gleich Streikbruch mit dem Ausschluß geahndet.“

Berichte.

Breslau. Die Auszahlung der Unterstützungen findet vom 30. Mai 1908 in der Wohnung des 2. Bevollmächtigten Alfred Rebling, Friedrich-Wilhelm-Straße 76, Hinterhaus II, nur Sonnabends in der Zeit von 2—6 Uhr statt. Alle Krankheits- sowie Arbeitslosigkeitsmeldungen haben bei Obigem, bei Krankmeldungen mit Krankenschein, bei Arbeitslosigkeit mit einem Entlassungsschein, binnen 24 Stunden zu erfolgen. Unregelmäßiges Kassieren oder andre Beschwerden sind ebenfalls dort vorzubringen. Die Ortsverwaltung.

Frankenberg. In der am 18. Mai im Stadtparlamentarischen Mitgliederversammlung wurde zunächst ein Schreiben des Hauptvorstandes in der Angelegenheit Lehmann-Naundorf vorgelesen. Dem Wortlaut des Schreibens nach ist die Anschuldigung Naundorfs gegen Lehmann vollständig hinfällig und lastet auf ihm nicht der geringste Makel, somit hat sich diese Angelegenheit erledigt. Hierauf kommt die Angelegenheit der Firma Haschke nochmals zur Sprache. Die Kollegen und Kolleginnen sind erschienen und wird diese Angelegenheit zur beiderseitigen Zufriedenheit geregelt. Dann wurde die Wahl eines Delegierten zum sechsten Gewerkschaftskongress, nachdem ein Schreiben der Wahlprüfungskommission vorgelesen und ordnungsgemäß alle aufgestellten Kandidaten bekannt gegeben waren, vorgenommen. Abgegeben wurden 107 Stimmen; davon entfielen auf: D. Wiefen-Erfurt 7, E. Baum-Pinna 3, P. Mrofan-Dresden 5, G. Lehmann-Frankenberg 84 Stimmen. Darauf folgte die Wahl eines ersten Bevollmächtigten, da Kollege Lehmann als solcher sein Amt mit der Motivierung niederlegte, daß in letzter Zeit geradezu systematisch gegen ihn gearbeitet werde und er von verschiedenen Kollegen der Genossenschaft in der nichtwürdigen Weise angegriffen worden sei; er halte es aus diesem Grunde für seine Pflicht, diesen Schritt zu tun. Kollege Diefel und einige andre treten dafür ein, daß Lehmann das Amt weiter verwalte, was dieser aber ablehnt. Da alle vorgeschlagenen Kollegen verzichteten, stellt Diefel den Antrag, daß Lehmann das Amt bis zur nächsten Versammlung verwalte. Kollege M. Köhler erklärte, daß, wenn die Wahl eines ersten Bevollmächtigten nicht zustande komme, er ebenfalls sein Amt niederlegen müsse, da er die ganzen Arbeiten nicht allein verrichten könne. Lehmann erklärte, das Amt bis zur nächsten Versammlung zu behalten, mit dieser werde er aber auf jeden Fall niederlegen. Kollege Schiller erstattete Bericht über die Uebnahme der Kolportage in Parteiregie; den gemachten Vorschlägen wurde nach längerer Debatte zugestimmt. Als Kartelldelegierter wurde Kollege M. Reben-trost einstimmig gewählt.

Hamburg. Mitgliederversammlung am 18. Mai im Gewerkschaftshaus. Der Gauleiter Hadelberg hatte das Referat über die Aufgaben des sechsten Gewerkschaftskongresses übernommen. Er schildert in interessanter Weise, wie sich naturgemäß die deutschen Gewerkschaften erst später als die englischen Trade-Unions entwickeln konnten. Schuld sei nicht die Massenignoranz, sondern die Entwicklung der wirtschaftlichen Verhältnisse. Als 1869 das Koalitionsverbot gefallen, war es ein kleines Häuflein, welches den Gedanken der gewerkschaftlichen Organisation erfaßt hatte. Durch die sich immer mehr ausbreitende Industrie wurden auch die Arbeiter genötigt, sich immer mehr zusammen zu schließen, daß jetzt auf dem Kongress zirka 1¼ Millionen gewerkschaftlich organisierte Arbeiter vertreten sein werden. Redner kommt auf den Punkt: Kost- und Logiszwang beim Arbeitgeber zu sprechen und schildert an der Hand des statistischen Materials von Calmer, welcher traurige Verhältnisse da noch vorhanden sind. Diese zu beseitigen, müßte das Bestreben des Kongresses sein. Zum Punkt: Boykott als gewerkschaftliches Kampfmittel, führt er aus: Die Frage des Boykotts sei schon auf mehreren Kongressen besprochen. Die Anwendung desselben sei schon sehr alt, auch die Arbeiterschaft habe ihn schon öfter benutzt. Hat er oft nicht den gewünschten Erfolg, so liege das nicht in der Natur dieses Mittels, sondern daran, daß es von Arbeitern nicht kräftig genug angewandt. Es gibt heute Arbeiter, welche unter keinen Umständen Streikbruch begehen würden, aber in der Anwendung des Boykotts recht gleichgültig seien. Deshalb ist es nötig, daß die Arbeiter zur Handhabung des Boykotts erzogen werden. Ein ähnliches Mittel sei die Einführung der Schutzmarke. Diese Frage stehe zwar nicht auf der Tagesordnung, würde aber sicher gestreift. In unserm Gewerbe habe man diese schon einmal benutzt, leider mit wenig Erfolg. Heute, bei dem Erstarken der gewerkschaftlichen Organisation und der Organisierung des Konsums würde die Anwendung derselben für uns Vorteil bringen können, trotz der Schwierigkeiten, welche entgegenstehen. Nach Behandlung einiger anderer Punkte spricht er die Erwartung aus, daß der Kongress Mittel und Wege finden wird, die Organisationen immer mehr zu kräftigen und zu stärken. In der Diskussion, an welcher sich verschiedene Redner beteiligen, wird hervorgehoben, daß Boykottbruch gleich Streikbruch behandelt werden müßte. Da wir finanziell recht schwach, müßte die Schutzmarke eingeführt werden und dann an das Solidaritätsgefühl der übrigen Gewerkschaften appelliert werden, da wir doch zu den schlechtest entlohnenden Arbeitern gehörten, könnten und dürften dieselben uns das nicht versagen. Im Schlußwort kommt der Referent auf einen Antrag von Berlin zu sprechen. Es wird darin darauf hingewiesen, daß es eine Reihe gewerkschaftlich organisierter, in ihrer Gewerkschaft recht tätiger Genossen gibt, welche sich um die Organisierung ihrer Frauen und Töchter, die in der Tabakbranche tätig, durchaus nicht kümmern. Diese Frage bedürfe unbedingt einer Regelung. Hierauf wird die Wahl eines Delegierten vollzogen. Von den kombinierten Vorkatholiken ist Hadelberg vorgeschlagen. Hörmann sowie einige andre Redner sehen das als eine Verletzung des demokratischen Prinzips an. Die Vorschläge hätten in einer Mitgliederversammlung stattzufinden müssen. Hörmann beantragt, Wahlenthaltung eventuell Protest gegen die Wahl einzulegen. Sander erklärt, daß es bisher so Ulanze gewesen, in den Vorkatholiken sich auch kein Mensch darüber beschwert habe. Wäre Beschwerde erhoben, hätte es sich wohl anders machen lassen. Es entspinnt sich darüber eine recht rege und lebhaftige Debatte. Der Antrag wird zurückgezogen. Bei der dann vorgenommenen Wahl wurden 40 Stimmzettel abgegeben. 36 für Hadelberg, 4 weize. Da die Zeit schon recht vorgerückt, werden die übrigen Punkte in der nächsten Mitgliederversammlung behandelt werden.

Waldheim. Wie bekannt sein dürfte, besitzt die Firma S. Haschke, Sitz Leipzig, auch hierorts eine Zigarrenfabrikfiliale. Welche Vorkommnisse nun in letzter Zeit in diesem Betriebe sich zugetragen haben, soll hiermit der Öffentlichkeit übergeben werden. Auch in diesem Betriebe hatte sich die Mehrzahl der dort beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen dem Deutschen Tabak-

arbeiterverband angeschlossen, um mit Hilfe der Organisation ihre Interessen wahrzunehmen und gegen bestehende Mißstände mit Erfolg ankämpfen zu können, damit dieselben beseitigt werden. Ein Fabrikusausschuß war aus der Mitte der beschäftigten Arbeiterschaft gewählt worden, dieser hatte alle etwa vorliegenden Angelegenheiten mit der Firma zu regeln. Dies hat auch in einem Falle stattgefunden. Für die Arbeiter konnte leider nichts erreicht werden, da Herr Haschke seinen Herrenstandpunkt als Unternehmer in allem betonte, die Arbeiterschaft des Betriebes dagegen von einem allgemeinen energischen Vorgehen zurzeit absehen mußte. Inzwischen kam der Streik der Kollegen in der Zeiger Filiale der Firma Haschke, welcher den erwünschten Erfolg für die beteiligten Arbeiter nicht haben konnte, indem Herr Haschke die Zeiger Filiale ohne weiteres aufhob. Allerdings wird nun Herr Haschke wahrscheinlich versuchen, anderwärts eine neue Filiale einzurichten, worauf an dieser Stelle die Zigarrenarbeiter und Arbeiterinnen allerorts aufmerksam gemacht werden. Ferner hat Herr Haschke in Leipzig sämtliche organisierten Zigarrenfortierern gekündigt, in vorletzter Woche auch den organisierten Zigarrenmachern. Aus welchem Grunde dies Vorgehen Haschkes gegen die beteiligten Organisationen geschehen ist, ist nicht recht zu erklären. Jedenfalls ist anzunehmen, daß Herr Haschke die sogenannte „gelbe Gewerkschaft“ in seinen Betrieben einführen will, da bekanntlich derartige „Aucharbeiter“ für Herrn Haschke willfährigere Ausbeutungsbjekte sind als Arbeiter, die in freien Gewerkschaften sich zur Wahrung ihrer Interessen vereinigt haben. Es kann deshalb auch nicht wunder nehmen, wenn in der Waldheimer Filiale Haschkes am Sonnabend, 9. Mai, einem organisierten Kollegen, welcher dem Fabrikusausschuß mit angehörte, aus ganz richtigen Gründen gekündigt wurde. Man hatte von seiten der Firma mangelhafte Arbeit (etwas mehr Kleisteranwendung am Kopfe der Zigarren, als erwünscht) als Grund der Kündigung angegeben, in Wirklichkeit war es nichts weiter, als eine „feine“ Maßregelung. Auch dieses Vorkommnis hatte sein Vorspiel. Als am 1. Mai d. J. Herr Haschke in Waldheim war und zu jedem Arbeiter ging, um die Arbeit anzusehen, kam er auch zu dem betreffenden organisierten Kollegen. Er besah sich dessen Arbeit, fand, daß dessen Zigarren am Kopf angeblich etwas feucht waren, nahm eine Zigarre weg, steckte dieselbe in den mit Kleister gefüllten Napf und wuschte dann die Zigarre mit seinem Taschentuch wieder ab, um sie dem betreffenden Arbeiter wieder auf den Nagel zu werfen, unter Worten des Tadelns. Die übrige Arbeiterschaft des Betriebes war zum großen Teil über die Kündigung, welche dem betr. Kollegen widerfahren war, begreiflicherweise sehr aufgebracht und verlangte Fabrikbesprechung, um sich in dieser Sache aussprechen zu können. Dem ist wiederholt entsprochen worden, Beschlüsse wurden nicht gefaßt. Trotzdem hatten eine größere Anzahl Arbeiter und Arbeiterinnen genannter Firma in andern Zigarrenfabriken am Orte nach Arbeit gefragt und auch solche erhalten. Darauf kündigten dieselben am Sonnabend, 16. Mai, bei der Firma Haschke ordnungsgemäß. In Frage kommen zirka 15—20 Arbeiter und Arbeiterinnen. Diese große Anzahl der Kündigungen verletzten den Werkführer der hiesigen Haschke-Filiale, Anker mit Namen, in Wut; jedenfalls befürchtete er, seiner gut dotierten Meisterstelle verlustig zu gehen. Er wußte sich nun nicht anders zu helfen, als einen „Anstifter“ dieser für ihn so peinlichen Sache zu suchen. Nichts schien ihm leichter als das; arbeitete doch der erste Bevollmächtigte der Zahlstelle Waldheim in dem Betriebe. In demselben Kollegen glaubte er nun die verhasste Person gefunden zu haben, auf dessen Konto nun die Schuld der Kündigungen gesetzt wurde. Deshalb rief der Meister Anker auch den ersten Bevollmächtigten sofort nach dem Lohnauszahlen zu sich und erklärte ihm, er könne über acht Tage auch aufhören in seinem (Haschkes) Betriebe zu arbeiten. Ferner sagte er noch, er könne nicht warten, bis der Verband ihm (dem Meister) über dem Kopfe zusammengewachsen sei, hier müßte er eine Aenderung eintreten lassen. Er wäre mit seinen Arbeitern immer zu gut (!) gewesen, nun hätte er den Dank dafür. Die Heberei und Aufwiegelei (!) in seinem Betriebe müßte aufhören, darum sei hiermit dem ersten Bevollmächtigten gekündigt. Da vermutet werden konnte, daß auf die Arbeiter, die gekündigt hatten, von bestimmter Seite in jeder Hinsicht eingewirkt würde, damit diese ihre Kündigung wieder zurücknehmen sollten, was angesichts dieser zweiten Maßregelung ein taktischer Fehler gewesen wäre, so brachte der erste Bevollmächtigte im Auftrage einiger Kollegen am Montag, 18. Mai, früh, einige hektographierte Handzettel folgenden Inhalts zur Verteilung: „Werte Kollegen und Kolleginnen! Infolge einer weiteren Maßregelung in betr. Betriebe werdet Ihr eruch, allen Einwirkungen entgegen eure Kündigung zurecht zu erhalten. Weitere Maßnahmen trifft eine in diesen Tagen stattfindende Fabrikbesprechung. Heute abend alle in die Mitgliederversammlung (Aue).“ Raum war die Verteilung der Zettel beendet, da kam auch schon der Meister Anker, nahm bei einer Kollegin den Zettel weg, zerriß denselben und warf die Stücke dem ersten Bevollmächtigten vor die Füße mit dem Bemerken, dies leide er nicht mehr in seinem Betriebe. Er gebrauchte dabei wieder Ausdrücke, wie Heber, Aufwiegler, eine „Sorte von Menschen“, die gern andre außer Arbeit brächten, das sei wohl Verbandsprinzip. Daß diese Redensarten in brüllendem Ton fielen, sei nur beiläufig bemerkt. Ganz energisch protestierte der erste Bevollmächtigte gegen dieses Behalten des Meisters Anker und betonte noch, daß er die ausgeteilten Zettel nicht zurückhole, was der Meister in weiterem Verlaufe dieses Zwischenfalls verlangt hatte. Als nun der Werkführer hiermit nichts ausrichten konnte, so sagte er dem betreffenden Kollegen, daß er sofort gehen solle. Nachdem der betreffende Kollege Anspruch auf Lohnzahlung für acht Tage gemacht hatte, bejammerte sich der Meister Anker eines Weßeren. Er wollte erst die Genehmigung seines Chefs (Haschke) hierzu einholen, deshalb begab er sich ans Telephon. Herr Haschke war nicht zu sprechen und folglich die Genehmigung nicht zu erlangen. Darauf wurde dem 1. Bevollmächtigten bedeutet, er solle noch arbeiten bis morgen (Dienstag), da käme Haschke selbst nach Waldheim und würde ihm einmal den Standpunkt klarmachen. In dem Bewußtsein, doch andern Tags „rauszufliegen“, hat dann der betreffende Kollege die Fabrik des Herrn Haschke verlassen. Denn jeder gerecht denkende Arbeiter, der noch einen Funken Ehrgefühl besitzt, muß zugestehen, daß derselbe Kollege unter solchen Umständen nicht eine Stunde länger in diesem Betriebe arbeiten konnte. So war also die Firma Haschke wieder einen „lästigen“ Arbeiter los, der, wie der Meister Anker jagte, nur die Fabrik vergiftet hätte. Also, ihr Arbeiter und Arbeiterinnen, wer die Verbandsinteressen vertritt, der vergiftet Herrn Haschke die Fabrik! Während von seiten der Firma Haschke bei jeder Gelegenheit der Haß gegen den Verband offen zutage tritt, werden die nicht organisierten oder christlich-nationalen „Aucharbeiter“ geschäftelt und gepflegt. Was immer dieselben angeben mögen, das bleibt vom Meister alles ungeschehen. Ihr Verbandsmitglieder aber, die Ihr noch bei der Firma Haschke arbeitet, denkt an diese beiden Maßregelungen, richtet Euer Verhalten danach ein und haltet treu zum Verbande, damit zu gegebener Zeit durch denselben der Firma Haschke das Maßregeln organisierter Arbeiter unterbunden wird.

Wandsbek. In der am 17. Mai im Gewerkschaftshaus stattgefundenen Mitgliederversammlung hielt Kollege Hadelberg einen Vortrag über die Gewerkschaftsbewegung und ihre Entwicklung. Hierauf wurde Kollege Hadelberg als Delegierter für den Gewerkschaftskongress in Vorschlag gebracht und einstimmig gewählt. Leider war die Versammlung sehr schlecht besucht, was wohl auf die Interesselosigkeit vieler Mitglieder zurückzuführen ist, die denken, ihre Pflicht getan zu haben, wenn sie ihre Beiträge bezahlen. Kollegen, das muß anders werden. Hoffentlich tragen diese Zeilen dazu bei, daß die Versammlungen in Zukunft besser besucht werden.